Volksstimme

Einzelnummer 40 Pfg.

Nummer 276

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Saalkreis

5. Jahrgang.

für die Kreise **Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels-Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.**

Bezugspreis Monatlich 6.– Mk. und 1,– Mk. Bestellgebühr; durch die Ausgabestellen 6.50 Mk. mit Abholegebühr. Durch die Post zugestellt monatlich 7.– Mk.; im Vierteljahr 21.– Mk.

Anzeigenpreis: Das Millimeter im achtgespaltenen Anzeigenteil kostet 70 Pfg.; Reklame im dreigespaltenen Textteile 3.– Mk. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Erscheint jeden Werktag: Sonnabends mit der illustr. Beilage **„Volk und Zeit“** sowie wöchentlich abwechselnd: **„Die Frauenwelt“ u. „Für die arbeit. Jugend“.**

Redaktion in Halle: Gr. Brauhausstr. 17 Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nr.: in Halle: 6802. Eisleben: 302. Sprechst. i. Halle v. 11–12, i. Eisleben: n. 4–6 Uhr

Halle, Freitag, den 25. November 1921.

Verlag u. Geschäftsstellen: in Halle: Gr. Ulrichstraße 27 in Eisleben: Bahnhofstraße 22 Fernruf: Halle: 5407. Eisleben. 302. Postscheckkonto 11092 Erfurt.

Severing gegen den Wucher.

Durch den Preußischen Pressedienst wird folgender Erlaß verbreitet, den der preußische Minister des Innern unter dem 23. November zur Bekämpfung des Wuchers erlassen hat:

„Mein Herr Amtsvorgänger hat mit dem Erlaß vom 14. September 1921 (II. L. P 1731) die nachgeordneten Polizeibehörden angewiesen, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften den [illegible] Preissteigerungen, die sich im Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs allenthalben bemerkbar machen und im steigenden Maße weite Kreise des Volkes aufs schwerste beunruhigen, entgegenzutreten. Die seitdem eingetretene weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage veranlaßt mich, diesen Erlaß, der nur die unlauteren Elemente treffen wollte, in Erinnerung zu bringen.

Es ist **Pflicht der Polizei**, der weiteren wucherischen Ausbeutung der ohnehin unter der wirtschaftlichen Lage schwer leidenden Bevölkerung entgegenzutreten und auch die reellen Erzeuger und Händler vor Mißdeutungen und Angriffen zu schützen, daß die

schamlosen Wucherer und Schieber aus ihren Kreisen entfernt werden.

Ich ersuche daher, den Erlaß meines Herrn Amtsvorgängers **mit aller Entschiedenheit** unter Anspannung der gesamten Polizei zur Durchführung zu bringen, insbesondere auch die angeordnete Mitwirkung der Schutzpolizei, in der sich viele auf Grund ihrer früheren Tätigkeit für diese Aufgaben geeignete Kräfte befinden, **planmäßig auszugestalten und zu steigern.** Die Beamten der Schutzpolizei werden in noch weiterem Maße herangezogen werden können, als dies in dem Erlaß vom 14. September 1921 vorgesehen ist; sie werden mit bestimmten Anweisungen zur Feststellung offenkundiger Wucherfälle zu versehen sein, ferner zweckmäßige Verwendung finden können, wenn es sich um die **Erfassung von Warenbeständen** handelt, die

bei Erzeugern oder Händlern in der Absicht der Preissteigerung zurückgehalten

werden. Die Schutzpolizeibeamten werden durch besondere Unterweisung schleunigst über die ihnen neu gestellten Aufgaben zu belehren sein.

Die mit Ermittlungen in Ladengeschäften beauftragten Beamten sollen allerdings in möglichst unauffälliger Weise einschreiten, so daß jede Aufregung des Publikums gegen die Ladeninhaber durch die polizeiliche Maßnahme selbst vermieden wird, andererseits aber mit der nötigen **Bestimmtheit** gegenüber dem Inhaber vorgehen, so daß eine völlige Klarstellung des Verhältnisses seiner Einkaufspreise zu den geforderten Verkaufspreisen erreicht wird. Ergeben sich Zweifel hinsichtlich der Identität der zum Verkauf gestellten Ware mit der durch Einkaufsbelege nachgewiesenen, besteht also der Verdacht, daß für ältere, zu niedrigeren Preisen erstandene Ware Einkaufsbelege aus jüngerer Zeit mit höheren Preisen vorgewiesen werden, so erscheint eine

gründliche Geschäftsrevision durch berufene Kräfte

unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten aus Kreisen des reellen Handels geboten. Falls die Einkaufspreise der Kleinhändler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlaß geben, sind die Ermittlungen, gegebenenfalls unter Abtrennung des mit größter Beschleunigung zum Abschluß zu bringenden und alsbald der **Staatsanwaltschaft zuzuführenden Verfahrens** gegen den Kleinhändler,

auch gegen die Vorbesitzer der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur

zu erstrecken. Bei diesen weitergehenden Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch am Lager befindlichen Vorräte **rücksichtslos zu beschlagnahmen** und der alsbaldigen Verwendung zuzuführen.

Von besonderer Bedeutung ist es, daß die gesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher

nicht nur in den Großstädten scharf gehandhabt

werden. Dies würde die unerwünschte Folge zeitigen, daß die Ware, nach der allenthalben dringender Bedarf besteht, von den Großstädten ferngehalten und nur in den Kleinstädten wie auf dem Lande zum Absatz gebracht würde. Dem kann, wie überhaupt dem Wucher, nur dadurch vorgebeugt werden, daß überall in gleicher Weise eingeschritten wird.

Bei der Anwendung des Erlasses vom 14. September 1921 ist es als besonderer Mangel empfunden worden, daß den Polizeibeamten nicht zahlenmäßige Angaben über die zulässigen Preise in der Form von Höchst- und Richtpreisen gemacht werden können. Soweit nicht andere zuverlässige Unterlagen für die Preisbemessung gegeben sind, ist unter anderem diejenige Preisfestsetzung, die in den vom Staatskommissar für Volksernährung angebahnten Lieferungsverhandlungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherverbänden getroffen ist, bei den Unterweisungen der Beamten als **Anhalt für die zulässige Preishöhe zu verwerten.**

Für den **Kartoffelhandel** insbesondere werden sich solche Anhaltspunkte aus den Gutachten ergeben, die von den gemäß dem Erlaß des Staatskommissars für Volksernährung vom 10. November 1921 (VIa 3163) durch die Oberpräsidenten zu bestellenden Sachverständigen erstattet werden. Auch bei dieser Gelegenheit bringe ich die gesetzlichen Bestimmungen, die die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel bezwecken, erneut in Erinnerung. Die Kreise des Handels beklagen sich selbst über die Durchsetzung ihres Standes mit ungeeigneten und unzuverlässigen Elementen. Eine scharfe Handhabung dieser Bestimmungen dient also nicht nur dem Besten der unter ihrem Treiben besonders leidenden Verbraucher, sondern auch dem des Handels selbst.

Endlich weise ich darauf hin, daß von den mit der Wucherverfolgung befaßten Behörden auch

die tatkräftige Hilfe rechtlich denkender Kreise des Volkes

in Anspruch genommen werden muß. In diesem Sinne müssen vertrauenswürdige Vertreter der Erzeuger, unter ihnen der Landwirte, weiter der Händler und der Verbraucher **in weitem Umfange zur Mitarbeit** herangezogen werden. Der Verbraucher vollends hat bei seinen täglichen Einkäufen am ehesten Gelegenheit, auffällige Preissteigerungen festzustellen. Allen solchen Anzeigen ist **mit Eifer nachzugehen.**

Andererseits ist allen Arten der Selbsthilfe der Verbraucher **vorzubeugen** und gegebenenfalls allen Plünderungen von Geschäften schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten; durch hinreichenden und zeitigen Einsatz von Schutzpolizei muß die Sicherheit der Verkaufsstätten und der Inhaber unbedingt gewährleistet werden.

Um die Einheitlichkeit in der Provinz sicherzustellen, ersuche ich bei allen grundsätzlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten vorzugehen.“

Dieser vom Innenminister Severing gezeichnete Erlaß ist an alle preußischen Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten gerichtet.

An die Oberpräsidenten ist ferner ein Rundschreiben des Ministers ergangen, in dem unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 11. September d. J. ersucht wird, soweit dies nicht schon geschehen sei, „einen der dortigen Referenten tunlichst mit der ausschließlichen Bearbeitung der Wirtschaftsangelegenheiten zu betrauen und durch diesen unter Gewährleistung einheitlichen Verfahrens in der Provinz bei allen grundsätzlichen Maßnahmen ständig **Fühlung mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Genossenschaften und der Verbraucherkreise** halten zu lassen“.

Zu wenig, zu wenig.

Regierungsmaßnahmen gegen den Kartoffelwucher.

Nach der großen Teuerungs- und Ernährungsdebatte, die im Plenum des Reichstages auf Grund unserer Interpellation und der Anträge der USP. stattfand und am Donnerstag der vorigen Woche beendet wurde, sind sämtliche Anträge dem 5. Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft überwiesen worden. Der Ausschuß verhandelte am Dienstag und Mittwoch den im Augenblick dringlichsten von der USP. gestellten Antrag, zur Deckung des notwendigsten **Kartoffelbedarfs das Umlageverfahren** einzuführen.

Im wesentlichen wiederholten sich die Ausführungen, die bereits im Plenum hierzu gemacht worden sind. Die Vertreter unserer Partei erklärten, daß sie **für den Antrag** stimmen würden. Zwar sei ihnen die Schwierigkeit der Durchführung des Umlageverfahrens vollkommen bewußt, nachdem die Ernte vorüber und der Bedarf teilweise bereits gedeckt sei, aber es müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, die **Frühjahrsversorgung der Bevölkerung** sicherzustellen. Außerdem sei es jedoch dringend erforderlich, die notleidenden Bezirke **jetzt** zu versorgen, damit die minderbemittelte Bevölkerung nicht zu Verzweiflungstaten getrieben werde, die in der gespannten, allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation, in der wir uns befinden, zu einer Gefahr für den Staat werden könnten. Das Reichsernährungsministerium müsse strafferee Maßnahmen gegen den Wucher ergreifen, ob er von der Landwirtschaft oder dem Handel getrieben werde. Genosse **Georg Schmidt** (Köpenick) und Genossin **Bohm-Schuch** brachten erdrückendes Material, in welchem Umfange mit di[e]sem **wichtigen Volksnahrungsmittel gewuchert** werde. Noch einmal wurde festgestellt, wie abgeschlossene Lieferungsverträge von der Landwirtschaft und dem Handel gegenüber den Verbraucherorganisationen nicht innegehalten worden sind.

Der anwesende **Regierungsvertreter** teilte mit, daß Erhebungen über einen berechtigten Erzeugerpreis nach der Ernte in den einzelnen Bezirken gemacht worden seien. **Hierauf** gestützt, **will die Regierung Richtpreise festsetzen, welche** bezirksweise **verschieden** sein sollen. Um eine Abwanderung in die Bezirke mit höheren Preisen zu verhüten, sollen die ermittelten Richtpreise **allgemein bekanntgegeben werden.** Mit der Verkehrsverwaltung sei das Ministerium ebenfalls bereits in Verbindung getreten, damit genügend geschlossene Waggons für den Transport zur Verfügung gestellt und vor allem die **Verbraucherorganisationen** berücksichtigt werden. Außerdem seien Maßnahmen gegen den wilden Zwischenhandel bereits ergriffen worden.

So sehr wir alle Maßnahmen des Reichsernährungsministeriums begrüßen, so glauben wir nicht, daß das bisher Veranlaßte genügen wird. Derselben Ansicht war der Ausschuß, der in einer Reihe von Anträgen der Regierung **weitere** Weisungen gab. Mit großer Mehrheit angenommen wurden unsere Anträge, welche die Regierung auffordern, schleunigst festzustellen, welche Lieferungsverträge von Landwirtschaft und Handel nicht erfüllt worden sind und Maßnahmen zur Erfüllung der Verträge (eventl. Notverordnung) zu ergreifen, und weiter sofort festzustellen, welche Mengen von Kartoffeln in den einzelnen Bezirken und Städten fehlen, um eine gerechte Verteilung und reibungslosen Transport zu sichern.

Von allen Seiten wurde die Meinung ausgesprochen, daß bereits in 14 Tagen die Erfolge der heutigen Beschlüsse sich zeigen müßten. Sollten sie nicht genügen, dann seien **weitere und schärfere** Maßnahmen erforderlich.

Neue Verhandlungen mit der Reparationskommission.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag abend mit der Erledigung der Reparationsverpflichtungen am 1. Dezember. Es sind bereits am 1. Dezember 80 Mill. Goldmark bereitzustellen, die bisher noch nicht im Besitz der Regierung sind. Aus diesem Grunde soll mit der Reparationskommission nochmals verhandelt werden. Weiter wurde die Zuschußleistung von 100 Millionen Mark an die Quäkerstiftung besprochen. Die Quäker haben für bedürftige deutsche Kinder und Frauen neuerdings 3 Millionen Dollars zur Verfügung gestellt, jedoch unter der Voraussetzung, daß auch die Regierung den genannten Zuschuß bewilligt und dafür Sorge trägt, daß die Speisen nur an Bedürftige ausgegeben werden. Die Regierung stimmte einer Bewilligung von 100 Millionen Mark zu. Eine Notstandsaktion zur Milchversorgung der Städte und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers wurden gleichfalls beraten. Die Regierung kam überein, diese Fragen am Sonnabend nochmals mit der preußischen Regierung zu besprechen. Immerhin steht aber schon heute fest, daß die Notaktion zur Milchversorgung durchgeführt, und daß in den nächsten Tagen neue Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers bekanntgegeben werden.

Das Ehrenwort des Offiziers.

Hamburg, 24. Nov. (SPD.) Die „München-Augsburger Abendzeitung“ berichtete gestern, daß der entflohene Boldt in Hamburg sein Ehrenwort gegeben habe, das bereits am 15. November abgelaufen sei, und Boldt den Gefängnisdirektor auf diesen Umstand hingewiesen habe, sich also keinen Wortbruch zuschulden kommen ließ. Nach unserer Information trifft diese Darstellung der „München-Augsburger Abendzeitung“ nicht zu, sondern nach Ablauf der Frist vom 15. November hat Boldt auf Ersuchen des Gefängnisdirektors sein Ehrenwort erneuert. Die Folgerungen, die die Berliner „Freiheit“ und die „München-Augsburger Abendzeitung“ treffen, sind also hinfällig. Der Oberleutnant Boldt ist unter Wortbruch entflohen.

Spekulationskäufe von Wohnhäusern.

Im **Wohnungsausschuß des Reichstags** wurde am Donnerstag die Frage des Außerkrafttretens des Reichsmietengesetzes behandelt. — Ein **Regierungsvertreter erklärte** zu dem Antrag des Abg. **Winnefeld** (D. Vp.), der das Außerkrafttreten des Reichsmietengesetzes vom 1. April 1926 forderte: die Spekulation wendet sich neuerdings verstärkt dem Häuserkauf zu. Besonders suchen Großbanken ihr Papiergeld in Sachwerte umzuwandeln. Manchmal haben Häuser in kurzer Zeit, ohne daß der gesetzliche Vermerk im Grundbuch zu finden ist, sechs- bis siebenmal ihren Besitzer gewechselt. Da infolgedessen der Wert der Häuser eine schwindelnde Höhe erreicht, würde das Reichsmietengesetz durch Bestimmung eines Termins seines Außerkrafttretens der wüstesten Häuserspekulation Tür und Tor öffnen. — Einen strikten Ablaufstermin des Gesetzes stellte man nicht auf. Der deutschvolksparteiliche Antrag wurde zurückgezogen unter dem Vorbehalt, daß derselbe Antrag aus sachlichen Gründen bei der nächsten Gesetzeslesung wieder eingebracht wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211125-18/fragment/page=0001

Deutsche Arbeiter sollen aufbauen.

Vor einiger Zeit war zwischen französischen und deutschen Arbeitervertretern eine Verständigung dahin erzielt worden, daß im Hinblick auf das Wiesbadener Abkommen deutsche Arbeiter eine Reihe Dörfer im Sommegebiet **wieder aufbauen** sollten. Von französischer, dieser **Verständigung ablehnend gegenüber stehender Seite war eine Befragung** der **Bewohner** jener **Gegend** verlangt **worden**. Diese **hat** jetzt **stattgefunden**. Es liegen darüber **folgende** Nachrichten vor.

Paris, 24. Nov. (**WTB.**) Wie „Oeuvre" **mitteilt, hat** die Abstimmung, **die der Ausschuß für den Wiederaufbau** unter **dem** Vorsitze des Abg. Basly in den **elf** in Frage kommenden Dörfern des Sommegebietes veranstaltet hat, folgendes Ergebnis gehabt: Vier Dörfer haben mit 99 Proz. der Stimmen für den französisch-deutschen **Wiederaufbau gestimmt. Eins mit 96 Proz., drei Dörfer mit 90, je vier andere mit** 76, 69, 60 und 43, also mit einem Durchschnitt von 84 Prozent für die Beschäftigung **deutscher** Arbeiter beim Wiederaufbau. Das heißt **also** vier Prozent mehr **als verlangt** wurde.

Daraufhin erklärte Minister Loucheur: „**Diese Ergebnisse** sind nicht amtlich (!). Man muß noch wissen, ob die in Frage kommenden Interessenten **tatsächlich** vollkommen aufgeklärt waren, um **sich** in **voller Freiheit** entschließen zu können." Der Minister habe inzwischen erfahren, daß der hohe Beamte, der unter den Geschädigten eine neue Umfrage veranstalten **wollte**, in den ersten Dörfern sehr unfreundlich empfangen **worden** sei.

„Ere Nouvelle" glaubt, die Lage optimistisch ansehen zu dürfen. Einer der Gewerkschaftsführer, **Marcel Laurent**, werde demnächst nach **Deutschland reisen, um mit den deutschen** Gewerkschaften **den Vertrag über den Wiederaufbau** endgültig abzuschließen.

Nach dem Pariser „Peuple" beträgt der Prozentsatz der Einwohner, die sich für die Verwendung deutscher Arbeiter ausgesprochen haben:

In Vermandovillers 99 Proz., in **Assevillers** 99 Proz., in Soyecourt 99 Proz., in Dompierre 96 Proz., in **Becquincourt** 90 Proz., in Belloy-en-Santerre 99 Proz., in **Villers-Carbonnel** 76 Proz., in Fay 60 Proz., in **Ablaincourt** 69 Proz., in Berny-en-Santerre 43 Proz., in **Fresnes-Mazancourt** 90 Proz. und in Estrées-Deniécourt 90 Proz.

Ohne die ungünstige Abstimmung in dem einen Dorfe Berny-en-Santerre wäre also der Prozentsatz für die Zulassung deutscher Arbeitskräfte ganz ungeheuer hoch.

*

Paris, 24. Nov. (WTB) Minister Loucheur **erklärte, wie die „Agentur Havas" meldet, im Laufe der gestrigen Unterredung mit den Führern des Ausschusses für den Wiederaufbau, daß in Erwartung der deutschen Arbeiter** 3000 italienische gelernte Arbeiter **eintreffen würden, um die ländlichen Gemeinden wieder aufzubauen. Im Frühjahre würden weitere 10 000 zu dem gleichen Zweck** angeworben werden.

Lenins Bekenntnis zum Reformismus.

Lenins Jubiläumsartikel in der Moskauer **„Prawda" der** nunmehr im Wortlaut vorliegt, enthält ein viel entschiedeneres Bekenntnis Lenins zum Reformismus, als die telegraphischen Auszüge bisher erkennen ließen. Lenin erklärt, daß die Revolution vor der Notwendigkeit stehe, zu einer neuen „reformistischen", allmählichen, vorsichtigen Methode überzugehen: Nicht die Zerstörung des alten Wirtschaftstypus des kleinen Unternehmertums, **des Kapitalismus, sondern die Wiederbelebung des Handels, der Kleinwirtschaft, des Kapitalismus sei jetzt das Ziel.** Die echten Revolutionäre müßten unweigerlich zugrunde gehen, wenn sie meinen, „die große siegreiche Weltrevolution" (Anführungszeichen Lenins) müsse unter allen Umständen alle **Aufgaben auf** revolutionäre Weise vollbringen. Es bedeute keine Bankerotterklärung, wenn die Sowjetregierung gezwungen sei, **auf denselben Gebieten, wo sie mit den allerrevolutionärsten Maßnahmen vorangegangen war, nunmehr** zu einem ausgesprochen reformistischen **Verfahren** überzugehen. **Während, nach der Lehre von Marx, vor dem Siege des Proletariats Reformen nur ein Nebenprodukt des Klassenkampfes seien, bieten sie nach dem Siege dem Lande außerdem eine notwendige und berechtigte Atempause, wenn für ein weiteres revolutionäres Fortschreiten keine** Kraft mehr übrig sei. Je bewußter der angetretene Rückzug **vollzogen** werde, desto rascher werde man von neuem zum **Angriff** übergehen können.

Wieder ein Verstoß gegen den Achtstundentag.

Der Großindustrielle Direktor Kraemer erklärte gestern im Verein der Berliner Kaufleute über das Kreditangebot der deutschen Industrie, daß schon in nicht so ferner Zeit ein Reichseisenbahnfinanzgesetz veröffentlicht würde, in dem die Loslösung der Eisenbahn aus dem Reichsetat vorgesehen sei. Gleichzeitig werde ein Dienstgesetz erlassen werden, das mit der bisherigen **Dienstregelung** und **der schematischen** Durchführung des **Achtstundentages** aufräumen werde.

Der Renommier-K. A. P. D.-Mann.

Wie die Kommunisten zur Vorbereitung ihrer Aktionen und **ihrer Beschlüsse neuerdings einen „S. P. D.-Arbeiter" gefunden** haben, genau so haben sie innerhalb der kommunistischen **Arbeiterpartei einen Helden gefunden, der sich aus Sucht** nach einem Posten bereit zeigte, die kommunistische Wahnsinnspolitik mitzumachen. Die kommunistische Arbeiterzeitung teilt **uns hierzu mit: „Wir haben dazu zu erklären, daß unsere** Partei mit dieser Komödie nichts zu tun hat und der betreffende **Genosse** mit diesem Moment jedenfalls aufgehört hat, Mitglied der K. A. P. D. zu sein."

Preußischer Landtag.

(Schlußbericht der Tagung vom Mittwoch.)

Landtagssitzung nach Mitternacht.

Berlin, 24. November.

(**W. T. B.**) Die namentliche Abstimmung über **§** 59 ergibt die **Annahme**. Das positive Abstimmungsergebnis ist auf der Tribüne nicht zu verstehen, da die Kommunisten sich pfeifend und lärmend der Annahme widersetzen. Im Anschluß daran wird durch den Abg. Katz (Komm.) die Gültigkeit der namentlichen Abstimmung bezweifelt, weil mehrere Abgeordnete seiner Partei zur Kontrolle der Zuverlässigkeit des Abstimmungsergebnisses mehrere Stimmen abgegeben hätten.

Präsident Leinert gibt darauf bekannt, daß vom Abg. Menzel (Komm.) elf und von der Abg. Wolstein (Komm.) sieben Stimmzettel abgegeben wurden, die nicht mitgezählt worden seien. (Pfuirufe bei der Mehrheit. Fälscher!)

Die **Abstimmung wird für gültig erklärt.**

Zwischen den Abstimmungen **wird um 2 Uhr nachts** von kommunistischer Seite ein Antrag **eingebracht, das Rauchen** zu gestatten, „da ja auch in jeder anderen Kaschemme geraucht werde."

Der Antrag wird nach kurzer Begründung abgelehnt. Einige Abgeordnete der kommunistischen **Partei**, darunter auch die weiblichen Kommunisten, zünden sich trotzdem Zigaretten an.

Präsident Leinert fordert daraufhin Frau Abg. Ludwig auf, das Rauchen zu unterlassen. Der **Aufforderung wird nicht Folge** gegeben.

§ 94 bestimmt, daß die Geschäftsordnung am 1. Dezember 1921 in Kraft tritt. Auch dieser Paragraph wird in namentlicher Abstimmung angenommen. In der Schlußabstimmung wird die Geschäftsordnung endgültig unter großem Lärm der Kommunisten angenommen. Im ganzen waren 64 namentliche Abstimmungen erforderlich.

Präsident Leinert spricht die Erwartung aus, daß sich alle Mitglieder dem selbst gegebenen Gesetz fügen werden. (Beifall bei der Mehrheit. Großer Lärm bei den Komm.) Nach langer sehr stürmischer Geschäftsordnungsdebatte vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittags 3 Uhr.

Schluß der Frühsitzung nach ½8 Uhr.

*

Der preußische Landtag beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag mit dem Forstetat. Das Haus war sehr schwach besucht und ging bei der Abstimmung wegen Beschlußunfähigkeit auseinander. Von den verschiedenen Reden ist nur die des unabhängigen Abgeordneten Claußner erwähnenswert. Er beschäftigte sich in sachlicher Weise mit den Mißständen im Forstbetriebe, besonders soweit sie die Arbeiter betreffen. Bei Besprechung der allgemeinen Fragen konnte er es jedoch nicht unterlassen, einige Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu richten, weil sie einmal zwar die Sozialisierung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes fordere, in Wirklichkeit aber eine Siedelungspolitik treibe, die den Kleinbesitz begünstigt. **Der Kleinbesitz sei aber nach jeder Richtung hin** unrentabler als der Großbesitz. **Die Angriffe sind natürlich durchaus** verfehlt. Die **von Claußner behauptete Politik wird von der Sozialdemokratie garnicht betrieben. Allerdings vertreten wir nicht** den einseitigen **Standpunkt**, der entweder **Großbetriebe** oder Kleinbetriebe **vorzieht**, sondern **sie** ist der **Auffassung**, daß **diese** Frage **und damit auch** die der Sozialisierung **des landwirtschaftlichen Grundbesitzes je nach** Klima, **Lage und Größe des** Betriebes **verschieden beantwortet** werden muß.

Hyndman gestorben.

Der bekannte **englische** Sozialistenführer Hyndman ist im Alter von 79 Jahren einer Erkältung, die er sich im Verlaufe einer Versammlung zugezogen hatte, erlegen.

Henry Mayers Hyndman war neben Belfort Bax der erste Engländer, der in das Verständnis der Lehren von Karl Marx eindrang und den Versuch **unternahm**, sie mit einer gewissen Einschränkung — **er war ein Gegner der materialistischen** Geschichtsauffassung — seinem **Volke** zugänglich zu machen. Er war zu Marx anfangs der achtziger **Jahre auch in** persönliche Beziehungen getreten, die aber rasch wieder erkalteten. Als Mitglied der „Democratic Federation", aus der unter seiner tätigsten Mitwirkung die „Social Democratic Federation" hervorging, geriet er bei den Radikalen in Verdacht, Parteigänger der Tories zu sein, der er doch niemals war. Es ging ihm damit ähnlich wie früher in Deutschland Lassalle, der wegen seines Versuchs, die Arbeiter von der liberalen Fortschrittspartei zu lösen, manchem Demokraten gleichfalls als Helfer des Junkertums erschien. Er war auch kein **Imperialist**, für den ihn viele **hielten, für die Buren** und für die Inder trat er mit leidenschaftlicher Entschiedenheit ein. Dagegen kam er von seinem **Mißtrauen gegen das kaiserliche Deutschland**, von dem er schon lange vor dem Weltkrieg eine Störung des Weltfriedens befürchtete, niemals los. Für seine sozialistischen Ideen trat er mit zäher Tapferkeit ein, sein revolutionärer Optimismus, der ihm manchmal den leisen Spott skeptischerer Freunde eintrug, half ihm über alle Enttäuschungen hinweg. Hyndman hat oft für das Parlament kandidiert, er ist aber nie gewählt worden.

Die Hoffnung der kontinentalen Sozialisten auf einen Aufstieg des englischen Sozialismus knüpfte sich viele Jahre lang an den Namen Hyndman. Er war der Repräsentant Englands in der Zweiten Internationale. Eine eigenwillige Persönlichkeit mit Ecken und Kanten, aber ein Mann, der alle Bequemlichkeiten und Aussichten auf Karriere für seine Sache opferte, das war Hyndman. **Er hat zahlreiche literarische** Werke, darunter zwei Bände Selbstbiographie, **die einen wertvollen Beitrag zur** Geschichte des englischen **Sozialismus bilden, und ein Buch** über Indien hinterlassen. **Seine rege journalistische Tätigkeit galt in erster Linie der „Justice", die im Jahre 1884 gegründet wurde und deren Leitung er** bald darauf übernahm. Noch die neueste Nummer dieser Zeitschrift **enthält** einen **Aufsatz** von ihm. **Ebenso** hat er seine Tätigkeit als **Agitator bis** in seine letzten **Tage** hinein fortgesetzt und sich bei ihr den Keim des **Todes** geholt. **Eine bedeutende Figur in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, ein unermüdlicher Streiter für den Sozialismus ist mit ihm dahingegangen.**

Notizen.

Vor einem Streik der Berliner städtischen Angestellten. Nach Mitteilung der „Deutschen Allg. Ztg." **haben von den** 1500 Berliner städtischen Werksangestellten 1200 für den Streik und nur 300 dagegen gestimmt. Heute **soll** nochmals versucht werden, in Verhandlungen mit dem Kämmerer der Stadt eine gütliche Regelung der Streitigkeiten über die Lohnfrage herbeizuführen.

Ministerpräsident Oerter in Braunschweig ist zurückgetreten und hat auch sein Landtagsmandat niedergelegt, nachdem ihm in der heutigen Sitzung der **Landesversammlung** Bestechlichkeit vorgeworfen worden war. Morgen wird die Neuwahl für den Ministerposten **erfolgen**.

Recht so. Weil der ungarische Reichsverweser Horthy den Prinzen Rupprecht in einem Telegramm, **als** Seine Majestät König Rupprecht angeredet hat, unternahm die deutsche Regierung in Budapest diplomatische Schritte.

Die Marketenderin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege

von Erckmann-Chatrian.

(43. Fortsetzung.)

„Schauen Sie nur, Frau Therese" sagte oft die alte Magd, „wie die Gedanken **wechseln**; in der ersten Zeit waren Sie mir wegen Ihrer Republik unleidlich, und jetzt, wenn Sie gingen, so würde ich glauben, Sie nehmen **das ganze** Haus mit sich und wir könnten nicht mehr ohne Sie **leben**."

„Ei", antwortete diese lächelnd, „das ist ganz einfach, jeder hält an seinen **Gewohnheiten** fest. Sie kannten **mich** nicht und hatten Mißtrauen gegen mich, und so wäre es jedem an Ihrer Stelle gegangen." Dann setzte sie **aber** traurig hinzu: „Ich werde aber doch gehen müssen, Lisbeth ich bin hier nicht an meinem Platze; mich rufen andere Sorgen anderswohin."

Sie dachte immer an ihr Bataillon, und als Lisbeth rief: „Bah! Sie bleiben bei uns. Sie können uns jetzt nicht mehr verlassen; Sie wissen wohl, daß man Sie im Dorfe sehr achtet und daß Sie bei den rechtschaffenen Leuten in Ansehen stehen. Lassen Sie ab von Ihren Sanskulotten! So hinter den Soldaten drein, um bald eine Kugel, bald sonst ein schlimmes Unglück zu erwischen, das ist kein Leben für eine honette Person. Wir lassen Sie nicht mehr fort" — schüttelte sie nur leise den Kopf, und man sah wohl, daß sie eines Tages sagen werde: „Heute gehe ich," und daß sie dann nichts werde zurückhalten können.

Unterdessen hatten die Gespräche über Krieg und Frieden ihren Fortgang, und Onkel Jakob brachte sie immer wieder auf die Tagesordnung. Jeden Morgen, wenn er herunter kam, suchte er Frau Therese zu bekehren: Friede müsse auf der Welt regieren. Friede sei in den ersten Zeiten von Gott selbst eingesetzt worden, nicht bloß unter den Menschen, sondern auch unter den Tieren. In allen Religionen werde der Friede empfohlen, alle Leiden, Pest, Mord Raub, Mordbrennerei bringe der Krieg mit sich; ein Haupt müsse an der Spitze der Staaten stehen, um Ordnung zu erhalten, und um das Haupt zu stützen, brauche man Edelleute, so sei es zu allen Zeiten gewesen, bei den Hebräern, den Aegyptern, den Assyrern, den Griechen und den Römern. Auch die römische Republik habe das begriffen, ihre Konsuln und Diktatoren seien eine Art Könige gewesen, unterstützt von edlen Senatoren, und diese **wieder** von edlen Rittern, die sich über das gemeine Volk erhoben. So sei die natürliche Ordnung gewesen, die ohne Nachteil für die Armen und Geringen selbst nicht geändert werden könne. „Denn," sagte er, „in der Umwälzung verlieren die Armen ihren Lebensunterhalt und gehen zugrunde, wie die Blätter im Herbst, wenn sie sich von den Zweigen ablösten, die ihnen den Saft zuführten."

Er sprach noch eine Menge geistreicher Dinge, aber auf alles hatte Frau Therese Antwort. Sie blieb dabei, daß alle Menschen nach dem Willen Gottes in ihrem **Rechte** gleich seien, daß der Rang dem Verdienst und nicht der Geburt gebühre. Weise und für alle gleiche Gesetze allein sollen billige Unterschiede zwischen den Bürgern herstellen, Gesetze, indem sie gewisse Handlungen billigen und andere verdammen. Schändlich und erbärmlich sei es, diejenigen mit Ehre und Ansehen zu bekleiden, die solche nicht verdienen. Ansehen und Ehre werden herabgesetzt, wenn sie von unwürdigen Geschöpfen in Anspruch genommen werden. Das Gefühl für Gerechtigkeit werde in allen Herzen zerstört, wenn sie wahrnehmen, daß diese Gerechtigkeit nicht existiere, sondern alles vom Zufall der Geburt abhänge. Um einen solchen Zustand der Dinge aufrecht zu erhalten, müßten die Menschen verdummt werden, denn die vernünftigen Menschen würden ihn nicht dulden. Eine solche Verdummung sei aber den Gesetzen des Ewigen zuwider. Mit allen Mitteln gelte es, diejenigen zu bekämpfen, die einen solchen Zustand zu ihrem Vorteil wieder herstellen wollen, da gelte selbst der Krieg, allerdings das fürchterlichste dieser Mittel. Sein Fluch falle aber auf die Köpfe derer, die ihn hervorgerufen haben, indem sie die Ungerechtigkeit verewigen wollen.

So oft der Onkel diese Antworten hörte, wurde er ernsthaft. Hatte er einen Besuch im Gebirge zu machen, so stieg er gedankenvoll zu Pferde, und den ganzen Tag suchte er nach neuen und stärkeren Gründen, um Frau Therese zu überzeugen. Abends kam er dann heiterer zurück, im Glauben, unwiderlegliche Beweise gefunden zu haben; aber sein Glaube dauerte nicht lange. Denn diese einfache Frau, die von Griechen und Aegyptern nichts wissen wollte, sah sogleich allen Dingen auf den Grund und zerstörte mit ihrem gesunden Verstande des Onkels historischen Beweise. Trotzdem wurde Onkel Jakob nie unwillig, im Gegenteil, er konnte oft mit einem Ausdruck von Bewunderung sagen: „Was Sie doch für eine Frau sind, Frau Therese! Ohne Logik studiert zu haben, haben Sie auf alles Antwort. Ich möchte wohl das Gesicht des Redakteurs vom „Zeitblatt" sehen, wenn er mit Ihnen zu streiten hätte. Ich bin überzeugt, Sie würden ihn, trotz seines vielen Wissens und selbst seiner guten Sache, widerlegen, ich verteidige sie nur schlecht."

Beide lachten, und Frau Therese erwiderte: „Was Sie sehr gut verteidigen, das ist der Friede, und ich bin mit Ihnen ganz derselben Ansicht. Wir müssen nur sehen, daß wir uns diejenigen vom Halse schaffen, die den Krieg wollen, und um sie wegzuschaffen, müssen wir den Krieg besser führen als sie. Sie und ich, wir wären bald einig, denn wir sind redlich und wollen, was recht ist. Aber die anderen müssen mit Kanonen bekehrt werden, denn das ist die einzige Stimme, auf die sie hören, und die einzige Vernunft, die sie annehmen." Darauf hatte der Onkel keine Erwiderung mehr und, was mich verwunderte, er schien sogar zufrieden, geschlagen worden zu sein.

Nach diesen großen politischen Diskussionen machte dem Onkel nichts mehr Vergnügen, als wenn er mich bei der Heimkehr von seinen Ausgängen im Zuge fand mit dem französischen Unterricht; wenn er gewahrte, wie Frau Therese, den Arm um mich geschlungen, dasaß und ich mich stehend über das Buch beugte. Da trat er dann ganz leise ein, um uns nicht zu stören, und setzte sich in der Stille hinter den Ofen. Da streckte er seine langen Beine und hörte mit innerer Freude zu. Oft ließ er eine halbe Stunde verstreichen, ehe er seine Stiefel auszog und sein Kamisol anlegte, um mich nicht zu zerstreuen, und wenn die Stunde aus war, rief er: „Gelt, Fritzel, Du findest Geschmack an dieser schönen Sprache, die Dir Frau Therese so gut erklärt? Wie glücklich bist Du, eine solche Lehrerin zu haben! Das wirst Du erst später einsehen."

Er schloß mich gerührt in seine Arme. Was Frau Therese für mich tat, schlug er höher an, als was sie für ihn selbst getan. Ich muß aber auch sagen, daß ich in den Lektionen dieser trefflichen Frau keine Minute Langeweile hatte. Sah sie, daß meine Aufmerksamkeit erlahmte, so erzählte sie mir alsbald kleine Geschichtchen, die mich wieder ermunterten; überdies wußte sie einen gewissen republikanischen Katechismus, voll edler, rührender Züge, heroischer Taten und schöner Sentenzen, deren Erinnerung sich nie aus meinem Gedächtnis verwischen wird.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211125-18/fragment/page=0002

Die neue Erwerbslosenfürsorge.

Von Bürgermeister Friedrich Kleeis.

Zu den bedeutungsvollen neueren sozialpolitischen Errungenschaften gehört die Erwerbslosenfürsorge. Vor dem Kriege waren die Erwerbslosen nur auf die kümmerliche und unwürdige Armenpflege angewiesen, sofern sie nicht einer Gewerkschaft angehören, die eine Fürsorge für Arbeitslose eingeführt hat. Heute wird aus den Mitteln des Reichs, der Länder und den Gemeinden allen über 16 Jahre alten Personen, die sich durch gänzliche oder teilweise Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden, eine festbestimmte Unterstützung gewährt, die nicht als Armenunterstützung anzusehen ist. Allerdings soll die Erwerbslosigkeit eine „Folge des Krieges" sein, doch ist der Auslegung dieses Begriffes so weiter Spielraum gegeben, daß es zu den großen Seltenheiten gehört, wenn aus diesem Grunde ein Erwerbsloser abgewiesen wird. Kein anderer Kulturstaat kann sich einer derartigen, sozialdemokratischen Anforderungen entgegenkommenden Erwerbslosenfürsorge erfreuen.

Die Fürsorge ist ständig ausgebaut worden. Erst jetzt wurden wieder in einer Verordnung vom 1. November 1921 eine Reihe von Verbesserungen vorgenommen. Sie betreffen zunächst die Aufbringung der Mittel. Nach dem Gesetz ist die Fürsorge von den Gemeinden zu leisten. Es werden ihnen aber von dem Gesamtaufwand vom Reiche sechs Zwölftel und von dem zuständigen Lande vier Zwölftel ersetzt, so daß zu Lasten der Gemeinden eigentlich nur zwei Zwölftel gehen. Jetzt ist nun bestimmt worden, daß solchen Ländern, die mit Aufwendungen für Erwerbslosenfürsorge übermäßig belastet sind, eine Reichsbeihilfe bewilligt werden kann. Seinerseits kann wieder das Land für leistungsschwache Gemeinden oder für einzelne leistungsschwache Bezirke eine Erhöhung der Landesbeihilfen bewilligen.

Eine den Anspruch auf Fürsorge begründete bedürftige Lage ist nur insoweit anzunehmen, als die Einnahmen des zu unterstützenden einschließlich der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen derart geringe sind, daß er nicht imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Für Angehörige eines unterstützten Erwerbslosen, die gegen diesen einen familienrechtlichen Unterhaltungsanspruch haben, wird die Unterstützung durch Gewährung von Familienzuschlägen angemessen erhöht. Jetzt ist eine Erweiterung der Fürsorge insofern eingetreten, als Stief- und Pflegekinder eines unterstützten Erwerbslosen den genannten Angehörigen gleichstehen, wenn sie einen familienrechtlichen Unterstützungsanspruch gegen ihn haben und bis zum Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit ganz oder in der Hauptsache unentgeltlich unterhalten worden sind. Diese Familienzuschläge, die für mehrere in einem gemeinschaftlichen Haushalt lebende Familienmitglieder gezahlt werden, dürfen in ihrer Summe das Dreifache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem Vorstand der Familie gewährt wird. Bisher durften sie das Zweieinhalbfache nicht übersteigen, so daß auch hier eine Ausgestaltung eingetreten ist.

Wer wegen einer 66⅔ v. H. übersteigenden Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit Rente bezieht, ist als erwerbsunfähig anzusehen und hat keinen Anspruch auf die Fürsorge. Die Unterstützung ist zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs- und Wohnungsortes liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Die Weigerung kann nur damit begründet werden, daß für die Arbeit nicht angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die Unterkunft sittlich bedenklich ist und daß bei Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird. Zur Reise oder zum Umzug in einen neuen Beschäftigungsort können Reise- und Umzugskosten gewährt werden.

Eine abermalige Verbesserung hat auch die Kurzarbeiterunterstützung gefunden. Erreichen Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden oder Arbeitstagen nicht, und treten deswegen Lohnkürzungen ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern die Hälfte des Wochenarbeitsverdienstes den Unterstützungsbetrag der Woche bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in der Höhe des fehlenden Betrags, jedoch alles zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit. Die Bedürftigkeit des Arbeitnehmers wird bei dieser Unterstützung nicht geprüft.

Art und Höhe der Unterstützung ist dem Ermessen der Gemeinde überlassen. Sie darf jedoch erst nach einer Wartezeit von mindestens einer Woche gewährt werden. Bei bestimmten Personengruppen (z. B. solchen Personen, die nach einer Beschäftigung von weniger als sechs Wochen oder nach Krankheit von mindestens einer Woche unterstützungsbedürftig werden und bei Kurzarbeitern) darf eine Wartezeit nicht angerechnet werden. Die zulässigen Höchstsätze sind abermals hinaufgesetzt worden. Sie betragen jetzt in den Ortsklassen:

	A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, also selbständig sind	12.—	10.75	8.50	8.25
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	10.—	9.—	8.—	7.—
c) unter 21 Jahren	7,25	6.50	5.75	5.—
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	10.—	9.—	8.—	7.—
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	7.25	6.50	5.75	5.—
c) unter 21 Jahren	4.75	4.25	3.75	3.25

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen zusammen das Zweifache (bisher war es nur das Anderthalbfache) der ihm gewährten Unterstützung nicht übersteigen. Im einzelnen wird in den vier oben aufgeführten Ortsklassen gewährt an den Ehegatten 5 Mark, 4,50 Mark, 4 Mark und 3,50 Mark, an Kindern und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 4,25 Mark, 4 Mark, 3,75 Mark und 3,50 Mark. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Höchstsätze in den einzelnen Gemeinden nur erst dann gewährt werden, wenn die Gemeindebehörde dies beschließt. Ueber die Sätze hinaus darf nicht gegangen werden. Die Unterstützung darf einem Erwerbslosen höchstens auf die Dauer von 26 Wochen gewährt werden.

Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigner oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge sind für die Beurteilung der Bedürftigkeit zur Hälfte ihres Betrags in Betracht zu ziehen und anzurechnen. Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezieht, bleiben von jeder Anrechnung frei. Ebenso wird das Stillgeld auf Grund der Wochenhilfe nicht angerechnet. Zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge sind in den einzelnen Gemeinden Fürsorgeausschüsse zu errichten, zu denen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl hinzugezogen werden müssen. Sie entscheiden über Streitigkeiten in der Fürsorge.

Arbeitnehmerorganisationen kann die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an solche Erwerbslose übertragen werden, die der Organisation angehören, so lange sie eine ausreichende Gewähr dafür bietet, daß die Auszahlung und Kontrolle der Arbeitslosen ordnungsmäßig erfolgt. Davon ist indes bis jetzt nur ganz spärlich Gebrauch gemacht worden. Eine Reihe von Mängeln sind in dem Gesetz stehen geblieben, z. B. die Vorschrift, daß Erwerbslose, die seit dem 1. Aug. 1914 in einem anderen Ort verzogen sind, in diesen zurückkehren sollen. Ihnen darf in einem anderen als jenen „Ursprungsort" die Fürsorge nicht länger als insgesamt vier Wochen gewährt werden. Die Beschränkung findet nicht statt, wenn jene Erwerbslosen verheiratet sind. Diese und noch andere Unzulänglichkeiten müssen in Zukunft auch noch beseitigt werden.

Adventsstürme.

Stehen neue Putsche vor der Tür? Diese Frage wandert durch die Presse im Augenblick. Die bürgerlichen Zeitungen schreien bereits nach dem Arm der Staatsgewalt, sie verlangen den Belagerungszustand und forsches Vorgehen gegen die Plünderer, die bereits an verschiedenen Stellen in Berlin Läden verwüstet und Angst und Schrecken verbreitet hätten. Da die Kommunisten zu gleicher Zeit im Reichstage und im preußischen Landtage den Hungerstreik in Lichtenburg zu größeren parlamentarischen Aktionen benutzten, ist es für die Rechtspresse natürlich eine klare Sache, daß hinter all der Unruhe lediglich die kommunistischen Wühlereien als treibende Kraft stecken.

Gewiß werden die Kommunisten nichts dagegen haben wenn die Teuerung und die Plünderungen und die Hungerstreiks und so manches andere unliebsame Vorkommnis Wind in die Segel der kommunistischen Partei bringen. Aber es wäre doch geradezu läppisch, wenn man die ungeheure Not der Zeit mit bequemem Geschimpf auf Kommunisten abtun wollte.

Es wird geplündert. Aber seien wir doch gerecht! Mußte dem Volke nicht der Ekel bis zum Hals hinaufsteigen, als in den letzten Wochen der Betrug und die Schieberei mit geradezu zynischer Frechheit sich austobten? Sprechen wir doch gar nicht mehr von der systematischen Beschwindelung der armen Leute bei jeder Preissteigerung. Gerade die Kleinen, gerade die Aermsten müssen die Peitsche der Teuerung am schlimmsten spüren. Sie können sich nicht eindecken, sie können nicht für Tausende Schuhe und Kleider und Margarine und Zigarren usw. einkaufen. Sie können immer nur für wenige Groschen die Bedürfnisse der nächsten Tage befriedigen. Drei Tage später zahlen sie die hohen Preise. Die anderen, die sich eingedeckt haben, können mit vielen Einkäufen warten, bis ihr Einkommen sich wieder der steigenden Teuerung angepaßt hat. Die verarmte Familie im 4. Stock hat längst alle Teppiche verkaufen müssen, um der Not zu steuern. Ein Stockwerk tiefer wohnt der Schieber. Er ißt abends zu gut und zu kräftig und kann nicht schlafen. Ihn stören die Tritte derer, die über ihm in der Nacht noch arbeiten müssen. Die Folge: Streit vor dem Wohnungsamt. Klage vor dem Amtsgericht. Und das Resultat? Einige 100 Mark Gerichtskosten. Wir Sozialdemokraten müßten vor uns selbst ausspucken, wenn wir ebenso leichtfertig daherreden wie die Vollgefressenen in den Klubsesseln. Wir Sozialdemokraten müssen wissen, daß Tausende von diesen neuen Armen in ihren Stuben die Fäuste ballen, wenn sie sich der Brutalität des neuen Reichtums so hoffnungslos und so wehrlos ausgesetzt sehen.

Es ekelt einen an, wenn man die kluge Rederei hört daß die Plünderungen die Not nicht beseitigen und daß die Putsche nicht das neue politische Zeitalter im Handumdrehen herbeizaubern. So dumm ist in ganz Deutschland kein Mensch, daß er diese Binsenwahrheiten nicht längst kennt. Die Volksmasse versteht zwar nicht viel von Nationalökonomie und die Arbeitermassen haben sicherlich nicht die ökonomischen Werke von Karl Marx gelesen, aber die Masse fühlt und weiß: So kann und darf es nicht weiter gehen. Die Masse stellt an die sozialdemokratischen Führer höhere Forderungen als an bürgerliche Demokraten. Wenn selbst ein „Berliner Tageblatt" von Severing etwas gegen den Wucherskandal erwartet, dann müssen auch die Arbeiter etwas von Severing erwarten. Severing hat ein stolzes Wort gesprochen. Er sagte, er säße auch mit dem Teufel zusammen in einer Koalition. Gut, hoffen wir daß er sich nicht fürchtet. Hoffen wir, daß das Kabinett Braun nicht so fruchtlos bleiben wird wie das Kabinett Stegerwald, von dem jetzt angesichts der Unruhen und Plünderungen das „Berliner Tageblatt" gesteht, daß es die Dinge hat gehen lassen und „zum mindesten nicht das Nötige und Richtige getan" hat.

Die Not wird wachsen, die leibliche und die seelische Not der Masse. Die neuen Reichen werden weiter prassen, die neuen Armen weiter hungern. Die Großen zahlen noch immer keine Steuern und die Rechtsputschisten sitzen noch immer nicht im Kittchen. Der Hungerstreik war eine Warnung. Der Sturm in den Parlamenten ist für den Augenblick vorüber. Aber wer könnte sorglos sein? In Bayern herrscht noch wie vor der Gefängnisskandal und der bayerische Partikularismus droht mit der Faust: der Reichsjustizminister Radbruch solle es nicht wagen, in die bayerische Justizhoheit einzugreifen. Die Menschlichkeit fand im preußischen Landtag treffliche Fürsprecher in verschiedenen Parteien. Wird der Strafvollzug sich aber ändern? Genosse Radbruch hat die Unabhängigen enttäuscht weil er über das Wort von der „heroischen Torheit" der Hungerstreikler nicht hinausgekommen sei. Die Reaktion lächelt verschmitzt und hofft daß die Sozialdemokratie sich in den Maschen der Staatsnotwendigkeiten verstricke und kompromittiere. Zwischen dem Kampfesschrei zwischen links und rechts: die Menschlichkeit — hie Staatsnotwendigkeit! — steht die Sozialdemokratie in tragischem Konflikt. Früher haben wir öfter Fichte zitiert: Wer uns Leben bringe, könne nicht aufpassen, daß ja kein Stäubchen bestäubt werde.

Ein paar Wolken sind vorüber, aber in der Adventszeit, von der die alten Lieder sagen, daß in ihr die Volksmassen nach dem Erlöser rufen, toben viele Stürme. Viele liegen auf der Lauer.

Gewerkschaftliches.

1. Ausschuß-Sitzung des Afa-Bundes.

Am 16. November trat im Sitzungssaal des Industriebeamtenhauses zu Berlin die auf Grund der Reorganisation des Afa-Bundes satzungsgemäß vorgesehene Bundesausschußsitzung zum erstenmal zusammen. Außer dem Vorstand waren sämtliche angeschlossenen Organisationen vertreten. An der Tagung, die von Stähr (Berlin) geleitet wurde, nahm als Vertreter des Vorstandes des A. D. G. B dessen Mitglied Knoll teil. Den Geschäftsbericht erstattete Aufhäuser (Berlin.) Die innere Reorganisation des Afa-Bundes hat in dem Betriebsjahr ihren Abschluß gefunden. Die innige und ständige Gemeinschaftsarbeit der angeschlossenen Verbände hat sich in jeder Hinsicht bewährt und den Afa-Bund zu einem anerkannten Faktor im wirtschaftlichen und sozialen Leben Deutschlands gemacht. Der Berichterstatter schilderte weiter die äußere Tätigkeit des Afa-Bundes auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet, wobei besonders das Eingreifen in der Frage der Schlichtungsordnung, des Arbeitsnachweisgesetzes hervorgehoben werden konnte. Der Afa-Bund hat auch weiter auf dem Gebiet der Sozialisierung des Bergbaues, des Wiederaufbaues von Nordfrankreich und der Erwerbslosenfrage führend gewirkt. Als den Höhepunkt des Berichtsjahres bezeichnete der Referent den Abschluß des Organisationsvertrages zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Afa-Bund. Dieses innige Bündnis hat sich bereits wiederholt bewährt, und es wird in den bevorstehenden Kämpfen um das aufgestellte gemeinsame Steuerprogramm eine weitere Kraftprobe zu bestehen haben.

In dem folgenden Kassenbericht konnte Suß (Berlin) über einen günstigen Kassenbestand berichten. Er teilte ferner mit, daß die Betriebsrätebewegung in A. D. G. B. und im Afa-Bund in Zukunft organisatorisch völlig vereinheitlicht werden soll und zu diesem Zweck auch am 1. Januar 1922 die bisher getrennt herausgegebenen Organe „Betriebsrätezeitung des A. D. G. B." und „Der Betriebsrat des Afa-Bundes" vereinigt werden. Die ständige Mitarbeit des bisherigen Afa-Redakteurs, des Kollegen Nörpel, an der künftigen gemeinsamen Zeitung ist durch eine Vereinbarung mit dem A. D. G. B. sichergestellt worden. Die Bundesausschußsitzung nahm ferner den Bericht der Revisoren entgegen und erteilte dem Vorstand und dem Rechnungsführer Entlastung.

Ueber die Frage des Berufsbeamtentums referierten Haußherr und Händeler. Neben den Fragen des Beamtenrechts wurde dabei auch das Organisationsproblem der Staats- und Gemeindebeamten eingehend erörtert. Es herrschte völlige Uebereinstimmung, daß entgegen den von gegnerischer Seite ausgestreuten Verdächtigungen im Afa-Bund niemand daran denkt, den Beamten ihre wohl erworbenen Rechte einzuschränken oder zu nehmen. Auf Grund der eingehenden Diskussion der Beamtenfragen wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die sich mit der Aufstellung von Richtlinien für die Beamtenpolitik befassen wird.

Ueber die Fragen der Tarifpolitik erstattete Schweitzer Bericht, und es sollen nunmehr auf Grund der Aussprache von einer weiteren Kommission die Richtlinien für eine einheitliche Tarifpolitik der Afa-Verbände aufgestellt werden.

Schließlich referierte Paul Lange über die bevorstehenden Wahlen zur Angestelltenversicherung und appellierte an die angeschlossenen Verbände, ihre ganze Kraft einzusetzen, um dem Afa-Gedanken auch bei diesen Wahlen zum Siege zu verhelfen.

Aus aller Welt.

Verhaftungen in Berlin. Das Polizeipräsidium ließ vorgestern sieben Personen, meist frühere Offiziere und ehemalige Angehörige der zweiten Marinebrigade Ehrhardt, wegen Verdachts der Geheimbündelei festnehmen bezw. wegen Begünstigung der Mörder Erzbergers. Der in Berlin weilende badische Untersuchungsrichter hielt nur eine der Verhaftungen aufrecht.

Ueberfall auf der Landstraße. Auf der Landstraße bei Schleiz wurde die Leichenfrau Frieda Kohl, Mutter von fünf Kindern, durch einen Unbekannten durch sechs Revolverschüsse schwer verletzt.

Flugpostverbindung um die Erde? Ein Plan, der gegenwärtig in den sportlichen und finanziellen Kreisen Amerikas, Englands und Frankreichs erwogen wird, betrifft, wie die „Nachrichten der Luftfahrer" melden, die Einrichtung eines Weltflugpostdienstes. Im Verlauf von siebzehn Tagen sollen eigens für diesen Zweck gebaute Flugzeuge um die ganze Erde fliegen, um Post zu befördern. Allein, so schön dieser Plan ist, er hat einstweilen noch seinen Haken. Um die ganze Erde zu umfliegen, muß man nämlich auch die unendlichen Wasserflächen des Stillen Ozeans überqueren, und da hat sich denn zwischen den Sandwich-Inseln und der Westküste Amerikas bisher noch kein Landungsplatz für die Postflugzeuge ausfindig machen lassen. Es werden also jedenfalls noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein, ehe man so weit ist, das Ideal einer regelmäßig verkehrenden Weltflugpost verwirklicht zu sehen, ganz abgesehen von den Gefahren, die auch die in jenen Breiten so häufigen heftigen Meeresstürme den Fliegern bieten dürften.

Genossenschaftliches.

Die Genossenschaftsbewegung unter fremdem Zwang.

Der sogenannte Friedensvertrag von Versailles und das, was ihm folgte, hat Deutschland bereits viele Tausende von blühenden Genossenschaften gekostet. Namentlich die beiden großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände haben schwere Verluste erlitten; doch auch der Deutsche Genossenschaftsverband wurde hart betroffen. Namentlich Elsaß-Lothringen und der polnisch gewordene Teil Preußens mit ihrer blühenden Genossenschaftsbewegung rissen große Lücken in den Bestand der sogenannten Organisationen. Die Konsumgenossenschaftsbewegung hatte nur im Elsaß stärkere Verbreitung; hier sind große, leistungsfähige Vereine verlorengegangen. Auch im Osten fehlen heute mehrere Genossenschaften, die zu den besten Hoffnungen berechtigten, wie Danzig und Memel. Zu all den Opfern kommt nun noch die Zerreißung Oberschlesiens, die Deutschland natürlich auch zahlreiche Genossenschaften kostet und sie einer völlig ungewissen Zukunft überantwortet. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine verliert den Konsum- u. Sparverein „Vorwärts" für den Industriebezirk Oberschlesien in Kattowitz. Kennzeichnend für den politischen Unfug, der in der südöstlichen Ecke Deutschlands angerichtet wurde, ist die Tatsache, daß von den sechs Warenabgabestellen des Vereins vier auf künftig polnischem und zwei auf deutschem Gebiet liegen. Organisch Zusammenhängendes wird glatt zerrissen. Es bleibt nichts anderes übrig, als für die zwei Warenabgabestellen einen neuen deutschen Verein zu errichten, da Kattowitz zu Polen geschlagen wurde.

Wetterbericht

Sonnabend: Teils heiteres, teils nebliges, trockenes Wetter mit starkem Frost.

Sonntag: Nebliges, zeitweise heiteres, trockenes Frostwetter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211125-18/fragment/page=0003

B. B.B. **Beth's Bunte Bühne.**
Vornehme Künstlerspiele.
Gastspiel von
Ludwig Heine
vom Stadttheater zu Leipzig so wie von
Margit v. d. Schenk
die gefeierte Operndiva von der Staatsoper zu Budapest und die übrigen Attraktionen.

Tadellose
Fruchtweine
zu Familienfeiern empfiehlt
Trebstein, Kelterei Gutenberg

Große Posten

Trikotagen
gelangen z. Verkauf!
Hermal-Hemden u. Hosen
Futter-Hemden u. Hosen.
Bauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2 eine Treppe
Eingang Sternstrasse

Leisten und Schäfte
empfiehlt
Robert Schmeisser, Gr. Märkerstr. 5

Max Schultze,
HALLE a. S.,
3 Moritzzwinger 3
hiet heute an:

Neue Rosinen	Pfd. 26.00	20.00
Neue Sultaninen	Pfd.	32.00
Neue Corinthen	Pfd. 22.00	20.00
Neue süße Mandeln	Pfd.	44.00
Neue bittere Mandeln	Pfd.	34.00
Süßer Mandelersatz (gehackt)	Pfd.	20.00
Weißer Grieß	Pfd.	4.00
Blauer Mohn	Pfd.	9.50
Speise-Talg	Pfd.	28.00
Vorzügliches Kunstspeisefett	Pfd.	26.00
Bayrische Schmelzmargarine in einigen Tagen eintreffend	Pfd.	32.00
Gem. Zucker	Pfd.	4.40
Vanille-Stangen	Stück	2.25

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten
Pr. an Preis. Katal. 27 E. frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Trauringe
ohne Lötfuge
D. R. P.
Massiv Gold
333 585 750 u. 900
eastemplit
in allen Weiten u. verschiedenen Preislagen am Lager
Goldschmied
Paar v. Mk. 40.— an.

Hermann Schladitz
Merseburg
Kleine Ritterstr. 11

Goldene
Trauringe
in jeder Preislage
Alexander Peto
(vorm. W. Hempel)
Halle (Saale)
Leipziger Straße 83
(am Turm).

Einzige
Heil-Sole
stark radiumhaltig
Solbad Fürstenthal
Robert-Franz-Str. 10.
Telephon 2640.

Kaufgesuche

Hasenfelle
kaufen
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung, Fischerplan 2.

Wildfelle
kaufen zu höchsten Preisen
Gebr. Danglowitz
Gerberei, Fischerplan 2

WO?
kauft man
Puppen und Spielwaren
Im
Spielwarenhaus
Rud. Weibezahl
Obere Leipziger Strasse 66. Puppenklinik.

Viel gesunder und billiger als Bohnenkaffee, geschmacklich der beste Getreidekaffee, ist:
Jungborn Kornkaffee.
Durch sein volles und herbes Aroma kommt er dem Bohnenkaffee am nächsten.
General-Vertreter:
Paul Henze, Halle a. S.
Königstraße Telef. Nr. 304

Auf Kredit
verkaufe ich zu besonders leichten Bedingungen
Anzüge, Ulster, Raglans
Lederjoppen, Hosen
Damen-Mäntel
Damen-Kostüme
Damen-Blusen und Röcke
Arbeiterkleidung.
In der II. und III. Etage finden Sie Möbel in grosser Auswahl, besonders
Schlafzimmer und Küchen.
Alles liefere ich zu leichten Bedingungen auf Kredit, die Teilzahlungen werden Ihren Wünschen angepasst. Ich liefere auch nach auswärts.
Carl Klingler.
Halle S., Leipziger Str. 11 eine Treppe.
Eingang Sandberg. Nur I. II. und III. Etage.

Gold-, Silber-, Platinbruch
Alte Zahngebisse
Alte Münzen
Schmucksachen aller Art kauft zu höchsten Preisen
Bitte überzeugen!
A. Abramowitz,
Schmeerstr. 14 1 Tr.

Sprotten billig
hochfeine gute Ware ½ Pfd. **230 Pf.**
das Pfund nur **900 „**
Die Kiste mit 3 Pfd. Inhalt nur **24.00 „**
Nordsee, prompter Versand nach auswärts.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Stadt-Theater
Sonnab., den 26. Nov. 21
Anf. 6. Ende 10½ Uhr
Tristan u. Isolde
von Richard Wagner.
Sonntag nachm.
Das Postamt
hierauf:
Die stumme Schönheit
Sonntag abend
Schönheit u. Jugend

Kgl. Hof-Lieferant
Trauring-Ecke.
Massiv goldene
Verlobungsringe
in denkbar größter Auswahl, das Stück 100 - 700 Mk.
Juwelier Tittels
Trauringecke.

Sportmützen
in allen modernen Farben preiswert bei
J. Kaliga, Gr. Klausstr. 35.

Je früher desto billiger
kaufen Sie
Pelz-Garnituren
Meine Auswahl in allen Pelzarten ist ergiebig.
Ueberzeugen Sie sich.
Pelzhaus Rosenberg,
Halle (S.),
Gr. Ulrichstraße 6-8.
1 Treppe im Haus Wolmer, Theo- k. im Laden.
Mk 15.- Fahrtvergütung für auswärtige Kunden bei Einkauf von Mk. 300.- an.

Gummi-Hosenträger Dauerwäsche
Fr. Speer
Halle a. d. S.
Gr. Ulrichstr. 64

Haltbare Damen-Taschen
in großer Auswahl und prima Leder preiswert und gut
— nur — bei
Hugo Krasemann
Ledermaren-Spezialgeschäft
nur Schmeerstrasse 19.

Weißenfels
Filzschuhwaren
in bekannter Güte empfiehlt
Wilhelm Wunderlich,
31 Nikolaistraße 31
(neben Café Rades).
Daselbst werden auf Wunsch in zwei Stunden
Stiefel und Schuhe
besohlt.

Gewaschen mit
Dixin

Preis das Paket Mk. 4.-

Achtung!
Ein großer Posten
Herren-Ulster
freigegebene Reichsware
Serie I 150 Mark — Serie II 195 Mark
1 Post Herrenjoppen 110 M.
S. & M. Crohn
Eisleben. Markt 9.

Reclams Universal-Bibliothek
Preis 1.50 pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Vereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
Bezirksverband Halle. Hans 42/44. Fernruf 6900.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen **Gewerkschaften** sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden **geselligen Vereine.**

Bitterfeld. Am Sonnabend, den 26. Novbr., abends 5 Uhr im „Prinz von Preußen" **Partei-Versammlung.** Das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen ist notwendig. Niemand fehlt! Freunde unserer Partei sind herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Wittenberg. Sonntag, den 27. November 1921 **Jugendwerbeabend** unter Mitwirkung der Bitterfelder Dessauer, Coswiger und Radegaster Jugendgruppen. Aufführung von „Spielmanns Schwank". Rezitationen, Volksliedern und Lieder zur Laute. Gesellinnen und Genossen, tretet für einen Massenbesuch bringt Freunde und Bekannte mit und vor allem die Jugend. **Der Gruppenleiter.**

Rauendorf. (Saalkreis.) Sonntag, den 27. Nov., nachm. 1/25 Uhr im Lokale Frenz: **Mitglieder-Versammlung.** Bericht des Gen. Petersdorff. Es ist Pflicht aller Mitglieder in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Jeder Leser der Volksstimme
erinnere bei Einkäufen sich und den Verkäufer bezw. Geschäftsinhaber an den Inseratenteil der Volksstimme und besuche nur solche Veranstaltungen, zu denen durch Anzeige in der Volksstimme eingeladen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211125-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Jungsozialisten. Sonnabend, 8 Uhr, findet im Jugendheim unsere Arbeitsgemeinschaft statt. Wiederholung: Kap. I, Absch. 1—5. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Arbeiter-Jugend. Gruppe Zentrum: 7 Uhr Treffen im Mozartheim, Weidenplan. Uebung der Schattenspieler.

Der Vorstand.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 25. November 1921.

Der S. P. D. Arbeiter.

Die Kommunisten haben bei ihrer jetzigen Generalstreikpropaganda den „wirklichen" S. P. D.-Arbeiter entdeckt. In ihren Zeitungen taucht er in allen Ecken und Enden auf. Auch hier in Halle behaupten sie ja, einen mit in die Delegation nach Berlin hineingewählt zu haben. Uns ist das gänzlich unbekannt. Gen. Stampfer schreibt nun über diesen sagenhaften S. P. D.-Arbeiter:

Dieser S. P. D.-Arbeiter ist ein ganz unentbehrliches Theaterrequisit. Hat man ihn nicht, so erfindet man ihn. Am meisten gelingt es, ihn in einem oder in dem anderen Exemplar aufzutreiben und dann ist er ein ganz kostbarer Besitz. Ab und zu mag sich wohl ein Mitspieler des kommunistischen Theaters in einen sozialdemokratischen Wahlverein einschleichen, um im gegebenen Augenblick die Rolle des über seine Führer entrüsteten S. P. D.-Arbeiters zu spielen. Aber gewöhnlich ist das leider — das muß offen ausgesprochen werden — gar nicht notwendig. Gewöhnlich, wenn ein großer kommunistischer Rummel inszeniert wird, findet sich auch der eine oder der andere aus dem Mitgliederbestand der sozialdemokratischen Partei, der ihn unbesehen mitmacht. Das sind Genossen, bei denen sich ein ungewöhnlich gutes Herz mit einer ganz ungewöhnlichen Kurzsichtigkeit paart. Diese Genossen nehmen die nach Anleitung des Berliner Regiebuchs gespielte Entrüstung der kommunistischen Drahtzieher ernst. Sie hören in den Reden dieser Drahtzieher immer wieder nur das Wort Arbeiter, das Wort Solidarität, das Wort Einheitsfront des Proletariats. Ihre Anständigkeit, ihre Treuherzigkeit ist daran schuld, da sie den garnicht anständigen, den garnicht treuherzigen Fallenstellern auf den Leim kriechen.

Sind aber erst ein paar solche kostbare Vögel gefangen, dann erhebt die kommunistische Regie ein lautes Hallo. Wie man im Theater von Meiningen immer sieben Soldaten um eine Säule herummarschieren ließ, um den Eindruck eines unermeßlichen Heeres zu erzeugen, so werden die sieben S. P. D.-Arbeiter — es können auch nur drei sein — immer wieder im Triumph vorgeführt und in allen Gangarten vorgeritten. Jetzt sind zwei solcher Exemplare in Berlin aufgespürt worden. Sie heißen, wenn man es wissen will, Liese und Eli. Kein Mensch in der Partei kennt sie. Ihre Parteizugehörigkeit ist zweifelhaft. Aber die Berliner „Rote Fahne" feiert Liese und Eli in langen Leitartikeln als die S. P. D.-Arbeiter, die „es als ihre Pflicht ansehen, feindliche Handlungen ihrer Führer gegen das Proletariat wegzumachen."

So fängt das Stück immer an. Und wie endet es? Es endet damit, daß ein paar Dutzend oder ein paar Hundert Menschen blutend auf dem Pflaster liegen, während sich die Führer aus dem Staube machen. Dann erhebt sich der Schrei: „Arbeiterblut ist geflossen!" Dann wird weitergehetzt, daß noch mehr Arbeiterblut fließen soll. Und wenn dann, wie es nicht anders gehen kann, alles kläglich zusammengebrochen ist, weil die Anstifter dieses Gemetzels selber garnicht wußten, was sie wollten und sich selber gegenseitig in die Haare kriegen, wenn sich die Gefängnisse, die Zuchthäuser mit Opfer füllen, viele hunderte von Proletarierfamilien ihres Ernährers beraubt sind — dann haben die S. P. D.-Führer daran schuld und das Spiel kann bei der nächsten Gelegenheit wieder beginnen.

Möge jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sich dessen bewußt sein, welche Verantwortung es auf sich ladet, wenn es, sei es auch nur aus Kurzsichtigkeit und Leichtgläubigkeit, dieses verbrecherische Spiel mit Leben und Interessen der Arbeiter unterstützt!

Bezirkskonferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Um 10 Uhr wurde in Wilsdorfs Gesellschaftshaus die Konferenz von dem Leiter des Gaues Halle, Koll. Uhde, eröffnet. In das Büro wurden die Kollegen Flücht-Halle und Wernecke-Magdeburg als Vorsitzende, Schönfeld-Magdeburg und Zipfel-Erfurt als Schriftführer gewählt.

Nach einer Begrüßung der 120 erschienenen Delegierten durch die Filiale Halle nahm der Koll. Flücht das Wort und gab einen kurzen Ueberblick über die letzten Ereignisse der Filiale, deren Spaltung durch die K. P. D. im Januar erfolgte und die heute schon wieder im starken Aufbau über tausend Mitglieder hat.

Hierauf sprach Koll. Wachtendorf-Magdeburg über „Lohn und Tarifwesen in der Provinz". Er zeigte an anschaulichem Material die Bedeutung und die Vorteile der Tarifverträge, die der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in der Provinz Sachsen für seine Mitglieder errungen hat. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall und es war sehr bemerkenswert, daß auch in der Diskussion die bisherige „Opposition" in den Reihen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes die erfolgreiche Tätigkeit der Gauleitung, die ja in Wachtendorf ihren Repräsentanten vorgeschickt hatte, anerkannte. Denn Börner-Thale, der als Kommunist bisher die Tätigkeit der Gauleitung angriff, würdigte die Erfolge der Lohnkommission und der Gauleitung in rückhaltloser Zustimmung. Ebenso Baumbach-Nordhausen, der im übrigen allerdings einige unklare Redewendungen gebrauchte über die nahe große Entscheidung, zu der nach seiner Meinung die Gewerkschaften vorbereitet werden müssen.

Körner-Quedlinburg sprach der Lohnkommission ebenfalls für seine Ortsgruppe die verdiente Anerkennung aus. Dann wandte er sich gegen jede Zersplitterung und Zellenbildung, die die Stoßkraft der Gewerkschaften schwächt. Der Hauptleiter, Koll. Müntner-Berlin, sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die Arbeit der Lohnkommission von allen Seiten gewürdigt wurde.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Gen. Wielepp über „Das neue Arbeiterrecht". Sein Vortrag, der gerade auch für die Gemeinde- und Staatsarbeiter das herausschälte, was sie heute von ihrer vormaligen Stellung unterscheidet und ihnen auch eine gewisse Sendung auferlegt, fand ungeteilten Beifall. Das galt auch für die weiteren Ausführungen Müntners, der sich gegen die Reiburgen mit dem „Heizer- und Maschinistenverbande" wandte und wichtige taktische Anregungen gab, sodaß man hoffen darf, daß eine zweite Affäre Hertel in der Provinz Sachsen bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern von vornherein illusorisch gemacht ist.

Der Kassenbericht des Koll. Meißner löste eine lebhafte Diskussion aus. Ein Antrag, den wöchentlichen Beitrag zur Gaukasse bei den kleineren Städten des Bezirkes auf 20 Pfennig zu erhöhen, bei den Mitgliedern der drei Großstädte es aber bei dem alten Beitrag zu belassen, wurde abgelehnt.

Zuletzt hielt Gen. Albert Müller noch einen inhalts- und anregungsreichen Lichtbildervortrag über die Reichsverfassung. Es war eine willkommene Belehrung, diese noch so wenig zum Allgemeingut gewordene Materie illustriert zu sehen. Dieser Vortrag muß auch noch anderen Kreisen zugänglich gemacht werden.

Nach anregender, stählender Tagung konnte die Bezirkskonferenz nach 6 Uhr vom Koll. Wernecke mit einem Hoch auf den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband geschlossen werden. Der harmonische Tag war befriedigter Rückblick und hoffnungsvoller Ausblick zugleich.

*

Der Abend vereinigte die Delegierten und Halleschen Mitglieder zu einer Unterhaltung, deren Programm in abwechslungsreichem Aufbau und flotter Abwicklung nichts zu wünschen übrig ließ. Das Streichquartett des Görlach-Orchesters zeigte sich von seiner besten Seite und mußte sich vor dem rauschenden Beifall der zahlreichen Gäste zu mehreren Zugaben bewegen lassen. Besonders zart schillerten Boccherinis unsterbliches „Menuett" und die tiefempfundene „Träumerei" von Schumann. Der Freie Sängerchor hob sich in seinen Darbietungen, namentlich in Uthmanns „Ich warte dein", wieder zu beträchtlicher Höhe. Schade, daß der deutschnationale Herr Busse, den es in der letzten Stadtverordnetenversammlung tief im Herzen schmerzte, daß der Freie Sängerchor neben anderen Vereinen vom Magistrat eine Zuwendung erhalten soll, nicht zugegen war. Er hätte sich sicherlich von der großen Leistungsfähigkeit der „jungen Gründung" überzeugt.

Gen. Billing sang neben Lortzingschen und Flotowschen Arien das technisch schwierige „Steuermannslied" aus dem „Fliegenden Holländer" mit geschmeidiger Einfühlung und fand stürmischen Beifall. Namentlich in der Bajazzoarie „Hüll' dich in Tand" bot er eine beachtenswerte Leistung. Gen. Studt lockte mit launigen und satirischen Rezitationen wie Schaeffers treffendem „Postdienst auf dem Bahnhof" die Freude am gesunden Humor aus den Herzen der Gäste. An den programmatischen Teil des Abends schloß sich ein stimmungsbeschwingtes Tanzkränzchen an.

Enthüllungen über den Märzputsch.

Der „Vorwärts" veröffentlicht in seiner heutigen Morgenausgabe zwei Berichte, die während des kommunistischen Märzaufstandes von der Aufstandsleitung in Halle an die kommunistische Zentrale in Berlin gerichtet worden sind und aus denen hervorgeht, daß die Kommunisten systematisch darauf hingearbeitet haben, durch Provokation den Aufstand herbeizuführen. In dem einen Bericht heißt es: Wir waren uns klar, daß eine Provokation herbeigeführt werden muß und daß der berüchtigte erste Schuß von der gegnerischen Seite fallen müßte. Weiter wird versichert, daß die Stimmung unter den Arbeitern so schlecht wäre, daß man der Meinung war, es bedarfe günstiger Mittel, um die Sache hochzubringen. Es wurde sogar der Vorschlag gemacht, die beiden führenden Hallenser Kommunisten Lemck und Bowitzky verhaften zu lassen, um so die Hallesche Arbeiterschaft herauszuloden. Weiter sollte durch Attentate die Stimmung der Arbeiterschaft aufgepeitscht werden. In dem zweiten Bericht heißt es, daß zwei Kommunisten mit dem direkten Auftrag der Parteizentrale in Halle erschienen waren, die Aktion unverzüglich einzuleiten. Die Sipomannschaften sollten zur Abwehr gereizt werden. Als Beweis für die Echtheit der Berichte erzählt der Vorwärts, daß sie von den Anhängern der Richtung Levi, dem Exekutivkomitee der dritten Internationale in Moskau unterbreitet werden sollte, um als Unterlagen für ihre Anträge gegen die kommunistische Zentrale Deutschlands zu dienen. Sie sind bei Klara Zetkin gefunden worden, als sie die Grenze überschritt.

Der Hungerstreik im Kirchtorgefängnis.

Der Klassenkampf teilte gestern seinen Lesern mit, daß auch im Kirchtorgefängnis in Halle 21 politische Gefangene in den Hungerstreik getreten seien. Wie wir erfahren haben, trifft das soweit zu, daß von 100 politischen Gefangenen 15 gestreikt haben, aber diesem Streik hatten sich auch einige wegen krimineller Vergehen in Haft befindliche Insassen angeschlossen. Auch sie wollten damit ihre Freilassung erzwingen. Am gestrigen Nachmittag hatten bis auf 7 die Streikenden wieder Nahrung zu sich genommen.

Wettschwimmen der Schutzpolizei Halle gegen Hallische Studentenschaft.

Am Sonntag, den 4. Dezember 1921, nachmittags 3 Uhr, finden im kleinen Stadtbad (Schimmelstraße) Schwimmwettkämpfe zwischen der Schutzpolizei Halle und dem vor wenigen Monaten gegründeten Akademischen Schwimmverein statt.

Eine große Anzahl Nennungen sind bereits eingegangen. Es ist mit äußerst spannenden Kämpfen zu rechnen. Verschiedene Bürger der Stadt Halle haben sich durch Stiftung vieler Ehrenpreise beteiligt, die augenblicklich in der Kaserne I der Schutzpolizei Halle a. d. Saale, Reilstraße, ausgestellt werden.

Das reichhaltige Programm bringt außer den üblichen Lagenwettkämpfen und Springkonkurrenzen Staffeln, Schwimmen und Springen im Anzug und einen Dreikampf.

Sonnabend abend von 7 Uhr an
im Mozartheim, Weidenplan 20
Familienabend
der S.P.D. und Arbeiterjugend
Kaffee gescharr u. Tischdecken mitbringen.

Kleines Feuilleton.

Mondgucker.

Auf der Straße flutendem Gewimmel
Ragt ein Riesenperspektiv
Schief
Gegen den gestirnten Abendhimmel.

Harmlos hängt der Mond mit breitem Grinsen
In dem dunkeln Blau.
Doch der Mensch, der ja bekanntlich schlau,
Zielt ihn nieder mit geschliffnen Linsen.

Wenn du durch die Messingröhre guckst,
Hast du ihn ganz dicht vor dir zu stehen,
Und du meinst, es könne leicht geschehen,
Daß du ihm in seine Krater spuckst.

Hochgefühle schafft dir dies Bewußtsein.
Und dafür nur einen Quark —
Eine lump'ge Mark!!! —
Zu bezahlen, muß dir eine Lust sein!

Zeitgenosse, sei gescheit!
Zög're nicht, wenn dich die Sorgen drucken,
In den Mond zu gucken. — — —
Weiter bleibt dir nichts in dieser Zeit.

Peter Michel.

Amputation und Arbeit. Ueber das Verhältnis von Amputation und Arbeit, das gerade heute nach dem großen Gemetzel des Weltkrieges von Interesse ist, bringt Dr. v. Schütz in der Zeitschrift für soziale Hygiene eine Arbeit. Danach hat die Entwicklung des Kunstbeines heute schon einen hohen Stand erreicht. Die Arbeitsfähigkeit wird durch den Verlust eines Beins in den Berufen, in denen am Werktisch oder an der Maschine gearbeitet wird, wenig beeinträchtigt, um so weniger, je tiefer amputiert worden ist. Schwieriger sind die Verhältnisse, wenn der Oberschenkel amputiert wurde. Das wirtschaftliche Ergebnis bei Armamputationen ist folgendes: Niemals kann die Leistungsfähigkeit des Gesunden bei allen Tätigkeiten in einem Berufe erreicht werden. Bei Doppelamputierten ist ein wirtschaftlicher Erfolg so gut wie ausgeschlossen. Bei einseitig Amputierten richtet es sich nach dem Grade der Verstümmelung. Am günstigsten sind unterarmamputierte Landwirte, Schlosser und Schneider. Dann folgen oberarmamputierte Maschinenarbeiter, Buchbinder und Weber. Bei völligem Verlust eines Armes ist im allgemeinen auf ein wirtschaftliches Ergebnis nicht mehr zu rechnen. Im Betriebe mit weitgehender Arbeitsleistung wird nahezu volle Leistungsfähigkeit erreicht.

Geburtenhäufigkeit und soziale Lage. In der Zeitschrift für soziale Hygiene, Fürsorge- und Krankenhauswesen bringt Dr. Fehlinger eine Arbeit über zwei englische Studien, die sich mit dem Problem beschäftigt haben. Danach ist die Geburtenhäufigkeit in den unteren Volksschichten wenig oder gar nicht zurückgegangen. Das Schwanken der Geburtenhäufigkeit ging, worauf wir an anderer Stelle schon einmal hinwiesen, bis Ende des 19. Jahrhunderts mit der Preislewegung parallel, hing also von den sozialen Verhältnissen ab. Nach 1890 jedoch ging diese Wirkung aus einer noch unbekannten Ursache verloren.

Das „trockene" Amerika tröstet sich mit Opium. Buschs Weisheit „Wer Sorgen hat, hat auch Likör", gilt in dem „trockenen" Amerika nicht mehr, sondern muß zeitgemäß abgewandelt werden in den Satz: „Wer Sorgen hat, hat Opium". Nach den Enthüllungen, die der oberste Gesundheitsbeamte der Stadt New York, Dr. Copeland, gemacht hat, verbrauchen die Amerikaner 12mal mehr Opium als irgendein anderes Volk der Welt. Mehr als 750 000 Pfund werden jedes Jahr nach den Vereinigten Staaten eingeführt, wobei etwa 2½ Gramm auf den Kopf der Bevölkerung kommt. Nach den Berechnungen Copelands beträgt die Opiummenge, die zu gesetzmäßigen Zwecken verwendet wird, nicht mehr als 70 000 Pfund im Jahr.

Wie sehr die Opiumsucht in New York zugenommen hat, beweisen auch die Angaben des Gefängnisarztes Dr. Amos Squiere, der anführte, daß in dem großen New Yorker Staatsgefängnis Sing Sing in den letzten drei Jahren die Zahl der Gefangenen, die wegen unerlaubten Opiumgenusses eingeliefert wurden, um 789 Prozent gestiegen ist.

Rekord der Salvarsantötungen.

Von fachmännischer Seite wird den „B. P. N." geschrieben: Das Zaudern beim Wohlfahrtsministerium beantragte Verbot der Salvarsaneinspritzungen wird durch die neuesten Nachrichten geradezu zur Pflicht. Prof. Arndt, der Direktor der Berliner Universitäts-Hautklinik, verlor in 5 Monaten acht Patienten durch das Salvarsan. Hiermit hat er den Rekord geschlagen, den bisher Prof. Hahn in Hamburg mit sechs Tötungen im Laufe des Jahres 1919 innehatte, während Prof. Rille in Leipzig in verschiedenen Jahren sieben Todesfälle, Prof. Hoffmann, Bonn, fünf Todesfälle, Prof. Scholz, Königsberg, vier, und Prof. Zumbusch, München, drei Todesfälle, die durch Salvarsan hervorgerufen waren, aufzuweisen hat. Was aber geradezu erschütternd wirkt, ist, daß auf dem Hamburger Hautärztekongreß 1921 der bekannteste Nervenarzt Deutschlands, Prof. Nonne, zusammen mit Prof. Kijrle Wien, feststellte, daß Salvarsan die Syphilis in das Nervensystem triebe, und daß seit der Salvarsanära diese Nervenerkrankungen erschreckend zugenommen hätten, ebenso die Lebervergiftungen mit tödlichem Ausgang. In dem neuesten Werk auf diesem Gebiete, „Die Sexualrevolution", sagt daher der Verfasser desselben Dr. Dreuw, Berlin, daß noch nie in der Geschichte der Medizin eine derartige Katastrophe, wie es die Salvarsanära wäre, über die Menschheit gekommen sei, und Prof. Lewin, der bekannte Toxikologe (Giftkenner) an der Berliner Universität schreibt, daß noch nie für die Behandlung von Menschen ein für den gerühmten Zweck so bedeutungsloses und gefährliches Produkt mit einem solchen Aufwand marktschreierisch aufdringlicher Phraseologie an den dummen Mann zu bringen versucht worden sei. „Allgemein ist man erregt, daß seitens der Medizinalabteilung (Ministerialdirektor Gottstein) nichts gegen die Massentötungen unternommen wird."

Statt dessen macht Dr. Ing. K. Ehrenberg in der Zeitschrift „Die Volkswohnung", deren neuestes Heft dem Problem der Bergmannssiedlungen gewidmet ist, folgenden Vorschlag: Man lege die Wohnstuben von zwei Dutzend Arbeiterfamilien zusammen. Dann kann man dem Arbeiter die Räume schaffen, die er für seine Bestrebungen braucht: Bücherei, Lese- und Schreibzimmer sowie einen größeren Raum für Zusammenkünfte, Aussprachen und andere gemeinsame Veranstaltungen. Es soll eine Vereinigung von Einzelzimmern und gemeinsamen Räumen entstehen, ähnlich wie im mittelalterlichen Kloster, nur daß nicht eine Reihe von Einzelzimmern angelegt wird, sondern eine Folge von kleinen selbständigen Wohnungen. Die Räume in diesen Wohnungen sollen in erster Linie zum Schlafen dienen, aber groß genug sein, daß man darin auch einmal lesen oder schreiben kann; statt einer Wohnstube gewissermaßen eine Wohngelegenheit, statt der Küche nur eine gemeinsame Kochgelegenheit (Einküchenwirtschaft). Erhalten werden soll also die Abgeschlossenheit der Wohnung, das Gefühl, allein sein zu können. Außer einem Wirtschaftsraum soll jede Wohnung zwei Stuben erhalten. Zu den Zweizimmerwohnungen, die das Erdgeschoß einnehmen, treten im Obergeschoß Einzelzimmer für Unverheiratete, etwa derart, daß ein Flügel für Männer, ein zweiter für Frauen bestimmt ist, während der Mittelbau die gemeinsamen Räume enthält. In diesen Gemeinschaftshäusern, so hofft der Verfasser, wird eine Generation heranwachsen, der das Zusammenleben von Jugend an zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Sie wird die Gemeinschaft der Klasse viel tiefer empfinden und damit den Boden bereiten helfen, auf dem eine reine Lebenskultur entstehen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211125-18/fragment/page=0005
DFG

Die Preisverteilung findet am Abend 7.30 Uhr in den oberen Sälen des Stadtschützenhauses (Franckestraße) durch den Rektor der Universität, Herrn Geheimrat v. Stern, statt.

Nach der Preisverteilung gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Die Not der „Volkszeitung“. Unter der Spitzmarke „Die Not der Zeitung“ kündigte gestern die unabhängige Volkszeitung ihren Abonnenten die Erhöhung des Bezugspreises zum 1. Dezember an. Wieviel das Blatt in Zukunft kosten wird, wagt sie nicht zu sagen. Sie weist nur auf den unheimlich gestiegenen Papierpreis hin. Mit einem höheren Wert des Inhalts wagt sie die unbedingte Notwendigkeit der Bezugspreiserhöhung nicht zu begründen, sie würde sich sonst mit den Tatsachen zu sehr in Widerspruch setzen. Zwei Beispiele für ihren minderwertigen Inhalt liefert sie gleich gestern. Zunächst behauptet sie — nachdem sie klagt, daß die USP. nicht mehr wie vor der Spaltung Geld von Moskau bekäme — indirekt, die rechtssozialistische Presse bekäme von der Zentrale für Heimatdienst Zuschüsse. Die „Volksstimme“ muß diesen Vorwurf entschieden zurückweisen. Sie hat von der Zentrale für Heimatdienst noch nie einen Pfennig erhalten. Vielleicht äußert sich jene Reichseinrichtung selbst noch dazu. — Das zweite Beispiel für den minderwertigen Inhalt ist der Artikel: „Vom „Kreuzungspunkt“ zu — Stinnes“. Es steht freilich unter demselben: „Wegen Raummangel zurückgestellt“, aber, daß er noch aus der Zeit zurückgestellt sein sollte, in der Scholem die Peitsche über seine damaligen Kollegen schwang, erscheint uns ziemlich unglaubwürdig. Möglich ist da drüben aber alles.

Stadtbaumeister Karl Prüß gestorben. Am 22. November starb plötzlich infolge Herzschlages der Vorsteher der Kanalbauabteilung am hiesigen Tiefbauamt, Herr Stadtbaumeister Karl Prüß, im Alter von 50 Jahren. Ueber zweiundzwanzig Jahre war er im Dienste der Stadt Halle tätig. Sein Wirkungskreis war der Ausbau der Kanalisation. Insbesondere betätigte er sich beim Ausbau des ca. 10 Kilometer langen Hauptsammelkanals und der Kläranlage auf dem Tafelwerder bei Trotha. Mit der Bürgerschaft trat er in enge Berührung bei der Ausführung der Hausentwässerungen. Durch seine Kenntnisse und sein besonnenes Wesen war er allgemein beliebt.

Betriebsrätekursus. Am morgigen Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, findet in der Bergschule der zweite Kursusabend für sämtliche Betriebsräte und Funktionäre des Bergarbeiterverbandes statt. Zu diesem Kursus können auch die übrigen Gewerkschaften ihre Betriebsräte und Funktionäre entsenden, wie überhaupt der Kursus infolge seines lehrreichen Aufbaues und Inhaltes die allergrößte Beachtung verdient.

Kellerbrand. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag rückte die Feuerwehr nach Kuttelhof 8 aus, woselbst die in einem Keller lagernden Kohlen durch brennenden Ruß, der sich im Schornstein gebildet hatte, in Brand geraten waren. Nach dreiviertelstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken.

Gestohlene Zigarren. Bei einer wegen schweren Diebstahls festgenommenen Person wurden 1400 Zigarren, in Holzkisten, Marke „Merkur“ und „Forstenlander-Spezialität“, beschlagnahmt. Der Eigentümer wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 71, zu melden. Weitgehende Verbreitung in den Zeitungen ist erwünscht, da die Zigarren auch außerhalb gestohlen sein können.

Selbstmordversuch. Gestern nachmittag sprang ein etwa 70 Jahre alter Mann in der Nähe der Hafenbahnbrücke in selbstmörderischer Absicht in die Saale. Der Mann wurde von einem vorübergehenden Arbeiter aus der Saale gezogen und mit dem Krankenwagen der Klinik zugeführt.

Tod auf der Straßenbahnfahrt. Auf der Fahrt nach Hause erkrankte gestern nachmittag in einem Straßenbahnwagen ein hier wohnhafter 45 Jahre alter Vorarbeiter. Der Mann wurde dem Friedrichstraße 14 wohnhaften Sanitätsrat Dr. Fischer zugeführt, in dessen Wohnung er kurz nach seiner Einlieferung am Herzschlag verstarb. Die Leiche ist nach dem Gertraudenfriedhof geschafft worden.

Eingeschlagene Schaufensterscheibe. In vergangener Nacht ist in der Leipziger Straße eine Schaufensterscheibe der Firma Knö[illegible] eingeschlagen worden. Gestohlen ist nichts. Ermittlungen nach dem Täter sind eingeleitet.

Durchgegangen. Gestern vormittag ging in der Mansfelder Straße das Pferd eines hier wohnhaften Fleischermeisters mit dem Wagen durch und riß einen auf der Straße stehenden Milchwagen um. Der Milchwagen wurde stark beschädigt und die Besitzerin verfiel in Herzkrämpfe.

Volkssinfoniekonzert. Auf das heute, Freitag abend 8 Uhr, im Volkspark stattfindende 1. Volkssinfoniekonzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung von Kapellmeister Hans Stieber sei nochmals hingewiesen.

Stadttheater. Sonnabend abend — Anfang 6 Uhr — geht Richard Wagners „Tristan und Isolde“ in Szene. Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt als Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Das Postamt“, hierauf „Die stumme Schönheit“ zur Aufführung. Sonntag abend „Schönheit und Tugend (Una cosa rara), Singspiel von Vincenzo Martin. Montag „Tiefland“.

Thaliatheater. Im Thaliatheater gelangt am Sonntag abend 7½ Uhr der Schwank „Zwangseinquartierung“ von Arnold und Bach zur Aufführung. Eintrittskarten sind zu haben an der Kasse des Stadttheaters und an der Abendkasse im Thaliatheater.

Provinz und Umgegend.

Noch keine Einigung im Baugewerbe.

Von der Bezirksleitung des Bauarbeiterverbandes in Merseburg wird folgendes bekannt gemacht: Bei den stattgefundenen Lohnverhandlungen für den Bezirk Magdeburg konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Unternehmer erklärten sich außerstande, auf unsere Forderungen von 1. einer sofortigen Lohnzulage von 5 Mk. pro Stunde, 2. Aufbesserung der Werkzeugzulage, und 3. Aufbesserung der Auslösungssätze einzugehen. Sie beriefen sich auf das Bezirkslohnamt, welches Anfang nächster Woche tagen und einen Schiedsspruch fällen soll. Nach längeren Verhandlungen erklärten sie sich aber schließlich doch bereit, eine Abschlagszahlung von 1,35 Mk. pro Stunde für das Merseburger Tarifgebiet ab dieser Lohnwoche bis zur endgültigen Regelung durch das Bezirkslohnamt zu zahlen. Demnach beträgt ab dieser Woche der vorläufige Stundenlohn für Maurer 10,50 Mk., einschließlich 8 Pfg. Werkzeugszulage, für Zimmerer 10,60 Mk., einschließlich 5 Pfg. Zulage, für Bauarbeiter 10,15 Mk. Die Versammlungen, in denen zu der Frage Stellung genommen werden soll, werden demnächst stattfinden.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Merseburg. Achtung Bauarbeiter! Ueber die Baustellen der Firma Pladeck, Merseburg (Fernbahnwartehalle in der sog. Hölle) und Kayna ist vom Deutschen Bauarbeiterverband, Bezirksverein Merseburg, die Sperre verhängt worden. Grund: Der Baudelegierte auf der Baustelle Kayna wurde gemaßregelt. Der Unternehmer weigerte sich den Kollegen wieder einzustellen, folgedessen erklärten sich die mit auf dem Bau beschäftigten Kollegen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Sie forderten: Wiedereinstellung des Baudelegierten und Entfernung der Poliere. Bei einer Verhandlung erklärte Herr Pladeck, diesen Forderungen nicht nachkommen zu können; er sei gewillt, seine Arbeiten mit den drei Polieren Emil Rehmann, Hermann Rehmann und Emil Barth und einigen Lehrlingen allein fertig zu machen. Wir ersuchen andere Kollegen, die Baustellen des Unternehmers Pladeck in Kayna und Merseburg zu meiden, bis er die Forderungen der organisierten Bauarbeiter erfüllt hat.

Die Bezirksvereinsleitung.

Barnstedt. Die Füchse wurden erkannt. Die hiesige Arbeiterschaft hat den reaktionären Herrschaften in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, sich monarchistische Phrasen in die Ohren blasen zu lassen. Unter dem Deckmantel eines Vortrages über die „Arbeiterbewegung“ versuchten die hiesigen Großagrarier den „Arbeitersekretär“ Voigtländer auf die Arbeiter loszulassen. Unsere Genossen durchschauten den sauberen Plan sofort und ließen ihren Verbandssekretär Eickemauer aus Querfurt kommen. Herr Voigtländer erschien in Begleitung eines Stahlhelmonkels und zog dann in seinem Vortrag über die Führer der Sozialdemokratie in einer Art und Weise her, daß es den Arbeitern schwer wurde, ihre Gefühle gegenüber diesem Lästerer und Verleumder zu zügeln. Immer gemeiner wurde die Redewalze des Herrn. Als er gar die sozialistischen Führer angriff, weil sie die Gesindeordnung außer Kraft gesetzt hätten, konnten sich unsere Genossen doch nicht mehr zurückhalten und es konnten nur mit großer Mühe Tätlichkeiten verhindert werden. Dem Gewerkschaftssekretär Eickemauer war es ein leichtes, die Entstellungen des Referenten wieder zurechtzurücken und das ungeheure Schuldmaß der Monarchisten und deutschnationalen Hetzer an unserem Elend aufzurollen. Ein Deutschnationaler aus Göhrendorf wurde von seinem Komplizen Ritter in die Wohnung genommen. Er mußte dort übernachten, denn die Arbeiterschaft war so erbittert, daß er glaubte, ohne eine Tracht Prügel wohl nicht aus dem Dorfe zu kommen. — Wir glauben, daß diese Lektion den deutschnationalen Füchsen gezeigt hat, daß in einer Hochburg der S. P. D., wie sie Barnstedt darstellt, keine süßen Trauben zu holen sind.

Weißenfels. Ein Glanzstück unserer Justiz. Genosse Thronicker wurde vom hiesigen Schöffengericht zu 1 Tag Gefängnis oder 15 Mark Ordnungsstrafe verurteilt, weil die Richter in ihm den „Verantwortlichen“ dafür gesehen haben, daß die Arbeiterjugend bei ihrem letzten Werbefest in Weißenfels in geschlossenen Reihen spazieren gegangen ist und „Volkstänze“ gemacht hat. Die Richter konstruierten daraus einen Verstoß gegen den damals bestehenden Ausnahmezustand. Wegen Störung des Gottesdienstes wurde Gen. Thronicker freigesprochen. — Ob da nicht alle Zöpfe gewackelt haben? Gen. Thronicker wird dafür Sorge tragen, daß in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, denn die Herren Richter wissen wahrscheinlich noch nicht, daß Spaziergänge für die Arbeiterjugend auch unter dem Ausnahmezustand nicht verboten sein können. Die Arbeiterjugend geht bei ihren Spaziergängen aber immer in bestimmter Reihe und Gliederung. Einen Umzug oder gar eine Demonstration daraus zu konstruieren, ist und bleibt ein Glanzstück unserer Justiz.

Zeitz. Kotwürfe aus dem Schmollwinkel. Die Vierwochenferien unserer bürgerlichen Herren Stadtverordneten sind vorüber. Endlich haben sie sich von dem gewaltigen Schrecken, der „Bedrohung an Leib und Seele“ erholt. Sie wollen ihr Licht nicht länger unter den Scheffel stellen. Sie erscheinen wieder auf der Bildfläche, aber nicht im Stadtverordnetensitzungssaal, wo sie eigentlich hingehörten, sondern in der Lästerecke der „Zeitzer Neuesten Nachrichten“, wo sie eigentlich nicht hingehörten. Als Eingesandtes oder im Sprechsaal des Bürgerausschusses, einer patentierten Erfindung des Herrn Professor Siewert, haben sie nach und nach zu fast sämtlichen 36 Punkten der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetensitzung Stellung genommen. Die Bewilligung von 70 000 Mark zur Beteiligung der Stadt an der sozialen Bauhütte wird als das größte Verbrechen an den Steuerzahlern hingestellt. Bloß das Eingesandt hat einen Schönheitsfehler. Man würde sich schließlich mit der Tatsache der Bewilligung abfinden, wenn man auch den Privatunternehmern dieselbe Summe bewilligt hätte. Aber das hieße doch Wasser ins Meer tragen. — Ein „bürgerliches Mitglied des Armenamtes“ fühlt sich verpflichtet, Schwester Paula in Schutz zu nehmen. Diese Angelegenheit wäre mit der Stadtverordnetensitzung ganz einseitig parteipolitisch behandelt worden. Ob man aber nun eine rote Brille oder eine himmelblaue Brille auf die Nase setzt, durch beide Brillen sieht man einen kranken, elenden Jungen in einem viel zu kleinen Liegestuhl nur mit dem Hemd bekleidet und mit einer Decke zugedeckt auf dem Wäscheboden liegen; von Schwester Paula vier Wochen lang zu dieser Pferdekur verurteilt. Wenn Schwester Paula auch schon mal einer alten Frau die „verfilzten Haare“ gekämmt hat, so gehört das zu ihrem Beruf, während sie doch in obigem Falle die Befugnisse ihres Berufes in grausamer Weise überschritten hat. Man muß schon eine ziemlich dicke Hornbrille aufhaben, wie es im finsteren Mittelalter gebräuchlich war, um, wie der Herr Einsender, nicht klar zu sehen. — „Ein Tribünenbesucher“ versucht unseren Genossen im Stadtparlament eins auszuwischen, trifft aber unseren bürgerlichen Magistrat. Denn der Magistrat ist es doch gewesen, der einen bürgerlichen Stadtrat nach Gehaltsklasse 13 eingruppiert hat und die anderen Stadträte nach Kl. 11. Wenn aber ein bürgerlicher Magistrat einen bürgerlichen Stadtrat nach Klasse 13 besolden will, so ist es Pflicht der sozialistischen Mehrheit im Stadtparlament, dafür zu sorgen, daß auch die anderen Stadträte dieselben Aufrückungsmöglichkeiten haben. Wenn der Herr Tribünenbesucher auch noch über die Gehälter der noch höheren städtischen Beamten berichten will, so soll er sich erst noch mal überlegen, wie es kam, daß damals bei der Anstellung des zweiten Bürgermeisters das Gehalt des ersten Bürgermeisters erhöht werden mußte.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Eisleben. Quartiere gesucht. Zu dem am kommenden Sonnabend/Sonntag stattfindenden Bezirkstag des T.-V. „Die Naturfreunde“ suchen wir noch immer Quartiere. Wir bitten nochmals um Mitteilung an Karl Ringleb, Mühlplatz 1, oder Otto Lerchstein, Vordere Siebenhitze 1. Gleichzeitig laden wir zu dem am Sonnabend, abends 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses stattfindenden „Bunten Abend“ ein.

Helfta. Gemeindevertretersitzung. Da der Gemeindevorsteher Schmidt noch vom Amte suspendiert ist, leitete der Stellvertreter, der Schöffe Lohmeier, die Sitzung. Anwesend waren sämtliche Gemeindevertreter. Der Zuhörerraum war überfüllt. Die Tagesordnung umfaßte 15 Punkte. Als 1. Punkt stand der Bericht über das Ergebnis der Ermittlungen gegen den Gemeindesekretär Bornschein auf der Tagesordnung. Bekanntlich hatte der suspendierte Gemeindevorsteher Schmidt sofort, nachdem gegen ihn selbst die ersten Schritte eingeleitet waren, noch schnell versucht, einen Zeugen in der Person des Gemeindesekretärs Bornschein aus der Verwaltung zu entfernen. Dies gelang auch unter Anwendung von Gewalt nicht. Jedes Mittel war recht. Er gab sich redlich Mühe, etwas zu finden, aber alles vergeblich. Herr Lohmeier konnte der Gemeindevertretung berichten, daß eine eingehende Untersuchung stattgefunden hat und daß die Biersteuerbeträge, soweit sie überhaupt kassiert waren, mit den Eintragungen in der Steuerrolle übereinstimmten. Im Falle Schreier gab letzterer auch zu, daß seine Frau die Quittung in seiner Abwesenheit erhalten hätte. Knappe hatte allerdings nicht sogleich eine Quittung erhalten. Hier hat Herr Knappe den Gemeindesekretär, doch erst den Betrag auseinanderzurechnen, er wolle sich dann die Quittung vom Bureau abholen. Daß er sie hier nicht gleich erhalten hat, lag daran, daß B. zuerst verhindert war durch dringende Arbeiten und dann von Schmidt an der Erledigung seiner Dienstgeschäfte verhindert wurde. Ein weiteres „schweres Verbrechen“ bestand darin, daß B. in Abwesenheit des Gemeindevorstehers kleinere Sachen „I. A.“, das heißt im Auftrage unterschrieben hat. Nachdem Schmidt das selbst angeordnet und zwei Jahre lang unbeanstandet gelassen hat, will er hieraus einen Strick drehen. Armer Kerl! — 2. Den Anwohnern der unteren Dachsoldstraße wird das Gesuch um Verlängerung und Ausbau der Wasserleitung auf eigene Kosten genehmigt. Gemeindevertreter Berend zieht seinen Antrag auf Neuwahl sämtlicher Kommissionen zurück, da die neue Landgemeindeordnung in Aussicht steht. Dem Kleintierzuchtverein werden 100 Mark Beihilfe zur Ausstellung bewilligt. Auf die Beschwerde der Anwohner der Kupfermühle über die Zuleitung der gesundheitsschädigenden Abwässer in die „Böse Sieben“, die die Luft im Sommer verpesten, wird beschlossen, eine Eingabe an den Magistrat der Stadt Eisleben und zugleich an die Regierung in Merseburg zu richten, damit endlich einmal dieser Uebelstand beseitigt wird. Die Sportplatzfrage soll beschleunigt werden. Der vorgesehene Platz hinter der Schule wird durch Austausch vergrößert. Alsdann soll unter Leitung der Gemeinde mit Hilfe der Vereine der Platz eingeebnet werden. Eine noch später zu wählende Kommission wird die übrigen Maßnahmen treffen. Herr Alb. Egeling soll unter der Bedingung eingestellt werden, daß der Vater für ihn aufkommt. Die Zähler für die Personenstandsaufnahmen und die Viehzählungen erhalten pro Zählung und Person 15 Mark. Das Gesuch auf Uebernahme der Verpflichtung, das vom Kreise eventl. zu übernehmende Gemeindedrittel zum Landesdarlehen an den Kreis zurückzuerstatten, falls die Gemeinde mit der Erhebung der Wohnungssteuer beauftragt wird, wird abgelehnt. Die aus Armenmitteln zu erstattenden Kurkosten für die Witwe Bleße betragen rund 2300 Mark. — Gemeindevertreter Eisfeld beantragt, für die Ortsarmen eine einmalige besondere Unterstützung zu bewilligen. Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten, binnen kurzer Zeit stattfindenden Sitzung. Ebenso ein Antrag des Gemeindearbeiters Große um Erhöhung seines Lohnes.

Kelbra. Verschiedenes. Die hiesigen Geschirrhalter, welche der Fuhrvereinigung Sangerhausen angeschlossen sind, haben den Stundenlohn für Arbeiten mit Pferden auf 35 Mark pro Stunde festgesetzt. Ebenfalls hat die Schuhmacherzwangsinnung vom 15. November die Preise für Reparaturen an Schuhwerk um 15—20 Prozent erhöht. — Sonntag abend 8 Uhr, veranstaltet die hiesige Ortsgruppe der S. P. D. im Verein mit der Arbeiterjugend ein Parteivergnügen. Wir bitten unsere Parteigenossen, sowie Parteifreunde, sich recht zahlreich an dieser Veranstaltung zu beteiligen.

Bitterfeld—Delitzsch.

Zörbig. Volksbildungsverein. In der auf vergangenen Dienstag in den „Goldenen Schwan“ hier vom Ortsverein der SPD. zwecks Gründung eines Volksbildungsvereins einberufenen Versammlung sprach zunächst Gen. Schröter in etwa 1½stündigem Vortrage über „die Weltfriedensbewegung“. An die zurzeit in Washington tagende internationale Abrüstungskonferenz anknüpfend, behandelte der Vortragende die Entwicklung des Weltfriedensgedankens von der ersten wissenschaftlichen Begründung des Völkerrechts im Jahre 1625 durch Hugo Grotius an bis in die Zeit des Weltkrieges und bis zu Deutschlands Zusammenbruch. Dabei wurde zunächst die Wirksamkeit dreier großer Machtfaktoren, der Staaten, der Kirche und der Arbeiterorganisationen an der Hand der historischen Ereignisse verfolgt. Ein zweiter Vortrag soll später auf die Weltfriedenswirkungen einzelner Sekten (z. B. der Quäker) und verschiedener Friedensgesellschaften eingegangen und die Gründe gezeigt werden, weshalb alle diese Versuche zu einer internationalen Verständigung zu kommen, die die Anwendung roher Gewalt zur Beilegung von Streitigkeiten unter den Kulturvölkern ausschließt, bisher von so geringem Erfolge waren und sein mußten und welche Wege vielmehr zu beschreiten sein werden. — Im Anschluß an die Ausführungen des Referenten wurde von den Anwesenden der „Volksbildungsverein Zörbig“ gegründet und bis auf weiteres mit dessen Leitung ein aus drei Herren bestehender vorläufiger Vorstand betraut. Dieser soll bis zum nächsten Vortragsabend am Dienstag, den 29. November, an dem Gen. Kornbügel über seine Reiseerlebnisse in Westindien berichten wird, an verschiedene Korporationen, wie das Gewerkschaftskartell, das Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes, die Lehrerschaft, besondere Einladungen ergehen lassen, um das Unternehmen auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen und dadurch recht leistungsfähig zu machen. Zur Festsetzung der Satzung und endgültigen Vorstandswahl soll dann in Kürze geschritten werden. Es erfüllt uns mit besonderer Genugtuung, daß gerade der SPD. es gelungen ist, das früher hier am Orte schon mehrfach gescheiterte Projekt eines Volksbildungsunternehmens zu verwirklichen und die ersten beiden Redner zu stellen. Möge der junge gemeinnützige Verein schnell aus seinen bescheidenen Anfängen heraus zur Blüte gelangen; nach dem Interesse, das man der Sache hier allseitig entgegenzubringen scheint, ist mit einem schnellen Anwachsen der Besucherzahl zu rechnen, nachdem der Anfang nun erst einmal gemacht ist.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Uebigau. Stadtverordnetensitzung. Die letzte Stadtverordnetensitzung zeigte erfreulicherweise starken Zuhörerbesuch. Nur die Arbeiterschaft könnte noch reichlicher vertreten sein. Der Prüfungsbericht der letzten Kassenprüfung lag zur Einsicht vor. Der Landwirt H. Wahn hat Schadenersatzan- Nach seinen Angaben beläuft sich der anläßlich einer Lebensmitteldemonstration am Ostersonnabend 1919 an seinem Eigentum angerichtete Schaden auf rund 600 Mark. Er ist mit seinen Ansprüche laut preußischem Tumultschadengesetz geltend gemacht. frühere Bürgermeister Barnick, zurzeit Amtsvorsteher im Bezirk Hohenleipisch, bittet in einem Gesuch, ihm die Rückzahlung zuviel erhaltener Pension in Höhe von 1200 Mark, Stadtanteil 900 Mark, zu erlassen. Das Gesuch wurde ablehnend beschieden. Auf Grund eines Reichsratsbeschlusses ist eine Revidierung unserer jetzt bestehenden Lustbarkeitssteuerordnung notwendig. Mit den nötigen Vorarbeiten wurde eine Kommission, bestehend aus den Stadtvv. Bergmann, Dröge, Gen. Mannke, Stadtrat Gen. Beyer, betraut. Zwecks Einrichtung einer Schwesternstation soll ein ungefährer Voranschlag über die Höhe der erstmaligen Kosten ausgearbeitet werden. Auf Grund einer Verfügung des Ministers des Innern hat der Polizeiwachtmeister ein Gesuch eingereicht, ihm den Titel Polizei-Betriebsassistent zu verleihen. Da begründete Zweifel bestehen und die finanzielle Frage eine Rolle spielt, ob diese Verfügung auf unseren Stelleninhaber anwendbar ist, wurde auf Antrag des Gen. Mannke beschlossen, unter Erläuterung unserer Verhältnisse genaue Infomationen beim pr. M. d. J. einzuholen. Der in letzter Sitzung vorgeschlagene Hausbau wurde endgültig beschlossen, daß die neuzubesetzende Stelle für einen Bürogehilfen zu unternehmen. Die Kosten belaufen sich bei Lieferung des Bauholzes aus dem städtischen Forst für ein Fünffamilienhaus nach einem Voranschlag auf 156 000 Mark. (Auf eine „kleine“ Zugabe von 30—50 000 Mark darf man sich wohl gefaßt machen. D. Ver.) Unter Verschiedenem wurde nach langem Hin und Her abgeschlossen, daß die neuzubesetzende Stelle für einen Bureaugehilfen im Magistratsbüro auf Antrag des Gen. Mannke ausgeschrieben werden soll. Auf Anregung des Stadtv. Lehmann sollen die schadhaften Straßenbeleuchtungen wieder hergestellt werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751921125-18/fragment/page=0006